

Steuererklärung
bei der demnächstigen
Art von ihrem Ein-
zahlungsverpflicht-
beitrag, Brämien-
sowie den Nachweis
ber 14 Jahre alten
Berücksichtigung nach
pruch nehmen, die
liegen.
m Rathaus Zimmer

mittags von 3 bis

demnächst etwa im
nachrichtigung über
er zugeht, mit deren
beginnt. In dieser
schlage (für 1909
ders erwähnt. Die
neue Einspruchs-

rat zu Bielefeld,

ng.

der Einkommen-
0 findet im Amts-

übrassen
merratscheide
mittags von 8 bis
in dem Hause des

sheide
mittags von 3 bis
mann zu Kammer-

n
mittags von 2 bis
in Altenhagen;
it Gedenborf

mittags von 3 bis
prof in Brönninga-

n
mittags von 1 bis
zu Hillegossen;
ittags in Altenhagen

mittags von 2 bis
höher zu Kämerer-

n
mittags von 1 bis
weg zu Nisse;

n
mittags von 2 bis
zu Odenrump;

n
9 Uhr vormittags
bis 5 Uhr nach-

n
9 Uhr vormittags
bis 5 Uhr nach-

n
elbracht in Sieler,
9 Uhr vormittags
ittags bis 5 Uhr

n
rt Oberwittler in

n
für den Schul-
bezirk II und am

n
mittags von 2 bis
elmann zu Stieg-

n
ppe
mittags von 1 bis
ann in Ubbelissen.

n
den aufgefördert,
und die auf ihren

n
en- und Berufs-
und Religions-

n
verbegehlichen auch

n
ausbeisern oder
über die zu ihrem

n
der Unter- und

n
weigert oder ohne
gestellten Brief gar

n
wird mit Geld-

n
ngsvorstände den
derliche Auskunft

n
Bullrich.

n
g.
der Einkommen-
0 findet in dem

n
folgt statt:
mittags 1 1/2 Uhr

n
von nachmittags

n
von vormittags

n
von nachmittags

n
von nachmittags

n
mittags 3 Uhr

n
mittags 3 1/2 Uhr

n
mittags 4 Uhr

n
Personenstand —
estellt, welche von
ab eingekammelt

n
: Hilboll.

n
wing

n
or.
...
weg 50a.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluss Nr. 353.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 228.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Sozialpolitische Rechtsprechung.

ss. In seinem zu so großer Berühmtheit gelangten Rückblick
aus dem Jahre 2000 behandelt Vellam auch den juristischen Ver-
trieb unserer Tage. Die Tisfeleien auf dem Gebiete der Rechts-
wissenschaft nennt er mit bösslicher Ironie wunderliche Denkmäler
menschlichen Scharhannes. Die Abhandlungen unserer Juristen
läßt er voll heiteren Respekts in den Bibliotheken der künftigen
Gesellschaft als Kuriosa neben den Schwanen eines Duns
Scotus und seines scholastischen Genossen stehen. Daß der Auf-
wand an Hirnmalz in der Rechtsprechung nicht auf herkömm-
licher Duldung beruht, sondern innig auch mit der kapitalistischen
Wirtschaftsweise verflochten ist, erfährt man bei der Betrachtung
eines ganz neuen Zweiges der Jurisprudenz, der sozialpoli-
tischen Rechtsprechung. Sie besteht im deutschen Reiche kaum ein
Vierteljahrhundert und hat in dieser kurzen Zeit schon eine so
statische Zahl von „Fällen“ geschaffen, daß deren Kodifikation
bereits eine Notwendigkeit geworden ist. Was den Juristen
alten Schlags aber als Umsturz alles Bestehenden anmutet
wird, ist die unerhörte Erscheinung, daß es in einem bestimmten
Falle nicht einer von der Kunst, sondern ein Laie und obendrein
noch ein Arbeiter ist, der sich hier mit Erfolg auf dem Gebiete
der Jurisprudenz verläßt.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts hat Hermann
Müller, der Sekretär des deutschen Zentralarbeitssekretariats
ein Buch unter dem Titel „Die Rechtsprechung in Unfallstreit-
sachen“ erscheinen lassen. Das an die 200 Seiten starke Werk
enthält eine Zusammenstellung und gemeinverständliche Er-
läuterung der wichtigsten prinzipiellen Entscheidungen des
Reichsversicherungsamtes, und bietet demjenigen, der sich be-
müht, den sozialen Erscheinungen auf den Grund zu sehen, weit
mehr, als der etwas trockene Titel zu versprechen scheint. Wir
werden in Verhältnisse hineingeführt, die uns in ihrer trassen
Bundlichkeit zuweilen zwar ein Rätsel und ein Kopfschütteln
abgeben, die aber über den Nigam wehen über den Sommer,
den die kapitalistische Produktionsweise über die Kinder des Pro-
letariats ausgießt. Die Bezeichnung Kinder ist in unserem Falle
mehr als wörtlich zu nehmen. Hören wir die Rechtsprechung des
Reichsversicherungsamtes: „Ein dreijähriges Kind wurde nicht
als Arbeiter angesehen, weil in diesem Alter keine wesentliche Ar-
beitsleistung zu erwarten sei.“ Der empfindende Zustand aber, daß
ein dreijähriges Kind nicht allein schon Mehrwert schaffen
mühte, sondern hierbei bereits zum Krüppel wurde, bleibt be-
stehen und tritt eben dadurch, daß die höchste Instanz in der
Unfallrechtsprechung dem unglücklichen Wesen keine Entschädigung
zuerkannte, nur um so greller ins Licht. Auch der Unfall eines
zweifelhaften Knaben, beim Futterfressen in einem fremden
Hause, wurde nicht als Unfall anerkannt, da er das Schneiden,
wobei er vorher mit der Weiserin tätig war, später in deren
Abwesenheit gegen ihren Willen fortgesetzt hatte und dabei ver-
unglückte.“ Wie werden, so fragen wir, spätere Geschlechter über-
haupt die Barbarei einer Produktionsweise beurteilen, die Kinder
im zarten Alter zu einer der gefährlichsten maschinellen
Gantierungen heranzog? Wie wird man ferner in späteren
Tagen über die Segnungen einer Sozialgesetzgebung urteilen,
die Hausindustrie und Heimarbeit z. B. nicht als ver-
sicherungspflichtig betrachtet und diese zumeist ganz besonders
elend gestellte Arbeiterkategorie rechtlich außerhalb des Rahmens
der Unfallversicherung stellt?

Doch weiter zu einem Wilsbe, das auf die Zustände in den
Betrieben ein Schlaglicht wirft, die nach einem bekannten Wort
Mutterbetriebe sein sollen: „Zwischen zwei Geleisen hat sich
während einer Arbeitspause ein Streckenarbeiter zum Ausruhen
niedergeliegt. Er war dabei eingeschlafen und wurde von einem
Ruge überfahren. Ein Betriebsunfall wurde anerkannt.“ Der
Eisenbahnarbeiter, der sich von Anstrengungen übermannt, an
denkbar gefährlicher Stelle zum Ausruhen niederlegt, wird
ebenfalls ein Merkmal bleiben, das dem Staate der Sozial-
reform alles andere als einen Ehrenplatz in der Geschichte sichert.
Unter Buch führt uns aber jetzt zu einer Person, der der Staat
nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten besonderen Be-
stand sichert. „Besonderen Schutz, honny soit qui mal y pense,
genießt der Streikbrecher. Er ist auf dem Wege von und zur
Arbeit versichert, und zwar nicht nur gegen die Gefahr, ange-
griffen und dabei verletzt zu werden, sondern überhaupt, weil —
der Arbeitgeber bei dem während eines Streiks herrschenden
Arbeitsmangel mindestens ebenso wie das nützliche Element
an dem Erscheinen bei der Arbeit interessiert ist.“ Von diesem
Urteil ist vielleicht eine „moralische“ Einwirkung auf das un-
entschiedene gebliebene Jährige Kind, das wir vordem erwähnten,
zu erwarten. Möglich nämlich, daß es sich trotz seines ver-
krüppelten Zustandes zu der sonst bei Unfällen bevorzugten
Stellung emporarbeiten kann.

An diesen Ausweg ist um so mehr zu denken, als z. B. auch
die Kinder verunglückter Arbeiter durchaus nicht in allen Fäl-
len sicher gestellt sind. Stiefkindern steht z. B. ein Anspruch
auf Rente nicht zu, soweit nicht durch Adoption oder Einfind-
schaft besondere Rechtsverhältnisse begründet sind. Ferner haben
uneheleiche Kinder keinen Anspruch auf Rente. Nicht zu ver-
kennen ist, daß andererseits die Rechtsprechung eine gewisse
Milde walten läßt. „Beim Verlust beider Unterhaltenseltern ist die
Hilfsrente zuzusprechen, auch wenn der Verleihte sonst noch
in der Lage ist, geringfügige Verdienste zu beziehen.“ Sagen
manche ein solcher elender Krüppel aber immerhin, bevor ihm
die Rente zugebilligt wurde. Beachtung verdient weiter, daß
besonders augenfällige äußere Verunstaltungen die Erwerbs-
unfähigkeit nach einem Urteile des Reichsversicherungsamtes ver-
ringern, „da es erschwerte, Stellen zu erhalten, oder die Arbeits-
bedingungen ungünstiger sein werden.“ Als Trost mag es
ferner dienen, daß Selbstmord als unmittelbare und dann ent-
schädigungspflichtige Unfallfolge angesehen werden kann. „Den
Hinterbliebenen eines Arbeiters, der sich selbst das Leben ge-
nommen hat, wurden um deswillen Entschädigungsansprüche
zuerkannt, weil als erwiesen erachtet wurde, daß der Arbeiter
den Selbstmord in geistiger Gestörtheit, und zwar im Zustande
der Unzurechnungsfähigkeit begangen hatte, und daß diese ge-
istige Erkrankung durch einen Betriebsunfall verursacht worden
war.“ Dagegen wurde ein Selbstmord, aus Furcht vor einer
Operation ausgeführt, nicht als Unfallfolge betrachtet.

Düßere Bilder sind es, die hier aufgerollt wurden. Sie
lassen die Unzulänglichkeit der sozialpolitischen Rechtsprechung
erkennen, sowie die tausenderlei Zufälligkeiten, von denen das
Wohl und Wehe eines in kapitalistischer Trost verunglückten

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 228. Bielefeld, Donnerstag, 30. September 1909.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Sozialpolitische Rechtsprechung.

ss. In seinem zu so großer Berühmtheit gelangten Rückblick
aus dem Jahre 2000 behandelt Vellam auch den juristischen Ver-
trieb unserer Tage. Die Tisfeleien auf dem Gebiete der Rechts-
wissenschaft nennt er mit bösslicher Ironie wunderliche Denkmäler
menschlichen Scharhannes. Die Abhandlungen unserer Juristen
läßt er voll heiteren Respekts in den Bibliotheken der künftigen
Gesellschaft als Kuriosa neben den Schwanen eines Duns
Scotus und seines scholastischen Genossen stehen. Daß der Auf-
wand an Hirnmalz in der Rechtsprechung nicht auf herkömm-
licher Duldung beruht, sondern innig auch mit der kapitalistischen
Wirtschaftsweise verflochten ist, erfährt man bei der Betrachtung
eines ganz neuen Zweiges der Jurisprudenz, der sozialpoli-
tischen Rechtsprechung. Sie besteht im deutschen Reiche kaum ein
Vierteljahrhundert und hat in dieser kurzen Zeit schon eine so
statische Zahl von „Fällen“ geschaffen, daß deren Kodifikation
bereits eine Notwendigkeit geworden ist. Was den Juristen
alten Schlags aber als Umsturz alles Bestehenden anmutet
wird, ist die unerhörte Erscheinung, daß es in einem bestimmten
Falle nicht einer von der Kunst, sondern ein Laie und obendrein
noch ein Arbeiter ist, der sich hier mit Erfolg auf dem Gebiete
der Jurisprudenz verläßt.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts hat Hermann
Müller, der Sekretär des deutschen Zentralarbeitssekretariats
ein Buch unter dem Titel „Die Rechtsprechung in Unfallstreit-
sachen“ erscheinen lassen. Das an die 200 Seiten starke Werk
enthält eine Zusammenstellung und gemeinverständliche Er-
läuterung der wichtigsten prinzipiellen Entscheidungen des
Reichsversicherungsamtes, und bietet demjenigen, der sich be-
müht, den sozialen Erscheinungen auf den Grund zu sehen, weit
mehr, als der etwas trockene Titel zu versprechen scheint. Wir
werden in Verhältnisse hineingeführt, die uns in ihrer trassen
Bundlichkeit zuweilen zwar ein Rätsel und ein Kopfschütteln
abgeben, die aber über den Nigam wehen über den Sommer,
den die kapitalistische Produktionsweise über die Kinder des Pro-
letariats ausgießt. Die Bezeichnung Kinder ist in unserem Falle
mehr als wörtlich zu nehmen. Hören wir die Rechtsprechung des
Reichsversicherungsamtes: „Ein dreijähriges Kind wurde nicht
als Arbeiter angesehen, weil in diesem Alter keine wesentliche Ar-
beitsleistung zu erwarten sei.“ Der empfindende Zustand aber, daß
ein dreijähriges Kind nicht allein schon Mehrwert schaffen
mühte, sondern hierbei bereits zum Krüppel wurde, bleibt be-
stehen und tritt eben dadurch, daß die höchste Instanz in der
Unfallrechtsprechung dem unglücklichen Wesen keine Entschädigung
zuerkannte, nur um so greller ins Licht. Auch der Unfall eines
zweifelhaften Knaben, beim Futterfressen in einem fremden
Hause, wurde nicht als Unfall anerkannt, da er das Schneiden,
wobei er vorher mit der Weiserin tätig war, später in deren
Abwesenheit gegen ihren Willen fortgesetzt hatte und dabei ver-
unglückte.“ Wie werden, so fragen wir, spätere Geschlechter über-
haupt die Barbarei einer Produktionsweise beurteilen, die Kinder
im zarten Alter zu einer der gefährlichsten maschinellen
Gantierungen heranzog? Wie wird man ferner in späteren
Tagen über die Segnungen einer Sozialgesetzgebung urteilen,
die Hausindustrie und Heimarbeit z. B. nicht als ver-
sicherungspflichtig betrachtet und diese zumeist ganz besonders
elend gestellte Arbeiterkategorie rechtlich außerhalb des Rahmens
der Unfallversicherung stellt?

Doch weiter zu einem Wilsbe, das auf die Zustände in den
Betrieben ein Schlaglicht wirft, die nach einem bekannten Wort
Mutterbetriebe sein sollen: „Zwischen zwei Geleisen hat sich
während einer Arbeitspause ein Streckenarbeiter zum Ausruhen
niedergeliegt. Er war dabei eingeschlafen und wurde von einem
Ruge überfahren. Ein Betriebsunfall wurde anerkannt.“ Der
Eisenbahnarbeiter, der sich von Anstrengungen übermannt, an
denkbar gefährlicher Stelle zum Ausruhen niederlegt, wird
ebenfalls ein Merkmal bleiben, das dem Staate der Sozial-
reform alles andere als einen Ehrenplatz in der Geschichte sichert.
Unter Buch führt uns aber jetzt zu einer Person, der der Staat
nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten besonderen Be-
stand sichert. „Besonderen Schutz, honny soit qui mal y pense,
genießt der Streikbrecher. Er ist auf dem Wege von und zur
Arbeit versichert, und zwar nicht nur gegen die Gefahr, ange-
griffen und dabei verletzt zu werden, sondern überhaupt, weil —
der Arbeitgeber bei dem während eines Streiks herrschenden
Arbeitsmangel mindestens ebenso wie das nützliche Element
an dem Erscheinen bei der Arbeit interessiert ist.“ Von diesem
Urteil ist vielleicht eine „moralische“ Einwirkung auf das un-
entschiedene gebliebene Jährige Kind, das wir vordem erwähnten,
zu erwarten. Möglich nämlich, daß es sich trotz seines ver-
krüppelten Zustandes zu der sonst bei Unfällen bevorzugten
Stellung emporarbeiten kann.

An diesen Ausweg ist um so mehr zu denken, als z. B. auch
die Kinder verunglückter Arbeiter durchaus nicht in allen Fäl-
len sicher gestellt sind. Stiefkindern steht z. B. ein Anspruch
auf Rente nicht zu, soweit nicht durch Adoption oder Einfind-
schaft besondere Rechtsverhältnisse begründet sind. Ferner haben
uneheleiche Kinder keinen Anspruch auf Rente. Nicht zu ver-
kennen ist, daß andererseits die Rechtsprechung eine gewisse
Milde walten läßt. „Beim Verlust beider Unterhaltenseltern ist die
Hilfsrente zuzusprechen, auch wenn der Verleihte sonst noch
in der Lage ist, geringfügige Verdienste zu beziehen.“ Sagen
manche ein solcher elender Krüppel aber immerhin, bevor ihm
die Rente zugebilligt wurde. Beachtung verdient weiter, daß
besonders augenfällige äußere Verunstaltungen die Erwerbs-
unfähigkeit nach einem Urteile des Reichsversicherungsamtes ver-
ringern, „da es erschwerte, Stellen zu erhalten, oder die Arbeits-
bedingungen ungünstiger sein werden.“ Als Trost mag es
ferner dienen, daß Selbstmord als unmittelbare und dann ent-
schädigungspflichtige Unfallfolge angesehen werden kann. „Den
Hinterbliebenen eines Arbeiters, der sich selbst das Leben ge-
nommen hat, wurden um deswillen Entschädigungsansprüche
zuerkannt, weil als erwiesen erachtet wurde, daß der Arbeiter
den Selbstmord in geistiger Gestörtheit, und zwar im Zustande
der Unzurechnungsfähigkeit begangen hatte, und daß diese ge-
istige Erkrankung durch einen Betriebsunfall verursacht worden
war.“ Dagegen wurde ein Selbstmord, aus Furcht vor einer
Operation ausgeführt, nicht als Unfallfolge betrachtet.

Düßere Bilder sind es, die hier aufgerollt wurden. Sie
lassen die Unzulänglichkeit der sozialpolitischen Rechtsprechung
erkennen, sowie die tausenderlei Zufälligkeiten, von denen das
Wohl und Wehe eines in kapitalistischer Trost verunglückten

Infektionspreis
für die einpaltige Beizelle oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Aannahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere
Inserate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Sozialpolitische Rechtsprechung.

ss. In seinem zu so großer Berühmtheit gelangten Rückblick
aus dem Jahre 2000 behandelt Vellam auch den juristischen Ver-
trieb unserer Tage. Die Tisfeleien auf dem Gebiete der Rechts-
wissenschaft nennt er mit bösslicher Ironie wunderliche Denkmäler
menschlichen Scharhannes. Die Abhandlungen unserer Juristen
läßt er voll heiteren Respekts in den Bibliotheken der künftigen
Gesellschaft als Kuriosa neben den Schwanen eines Duns
Scotus und seines scholastischen Genossen stehen. Daß der Auf-
wand an Hirnmalz in der Rechtsprechung nicht auf herkömm-
licher Duldung beruht, sondern innig auch mit der kapitalistischen
Wirtschaftsweise verflochten ist, erfährt man bei der Betrachtung
eines ganz neuen Zweiges der Jurisprudenz, der sozialpoli-
tischen Rechtsprechung. Sie besteht im deutschen Reiche kaum ein
Vierteljahrhundert und hat in dieser kurzen Zeit schon eine so
statische Zahl von „Fällen“ geschaffen, daß deren Kodifikation
bereits eine Notwendigkeit geworden ist. Was den Juristen
alten Schlags aber als Umsturz alles Bestehenden anmutet
wird, ist die unerhörte Erscheinung, daß es in einem bestimmten
Falle nicht einer von der Kunst, sondern ein Laie und obendrein
noch ein Arbeiter ist, der sich hier mit Erfolg auf dem Gebiete
der Jurisprudenz verläßt.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts hat Hermann
Müller, der Sekretär des deutschen Zentralarbeitssekretariats
ein Buch unter dem Titel „Die Rechtsprechung in Unfallstreit-
sachen“ erscheinen lassen. Das an die 200 Seiten starke Werk
enthält eine Zusammenstellung und gemeinverständliche Er-
läuterung der wichtigsten prinzipiellen Entscheidungen des
Reichsversicherungsamtes, und bietet demjenigen, der sich be-
müht, den sozialen Erscheinungen auf den Grund zu sehen, weit
mehr, als der etwas trockene Titel zu versprechen scheint. Wir
werden in Verhältnisse hineingeführt, die uns in ihrer trassen
Bundlichkeit zuweilen zwar ein Rätsel und ein Kopfschütteln
abgeben, die aber über den Nigam wehen über den Sommer,
den die kapitalistische Produktionsweise über die Kinder des Pro-
letariats ausgießt. Die Bezeichnung Kinder ist in unserem Falle
mehr als wörtlich zu nehmen. Hören wir die Rechtsprechung des
Reichsversicherungsamtes: „Ein dreijähriges Kind wurde nicht
als Arbeiter angesehen, weil in diesem Alter keine wesentliche Ar-
beitsleistung zu erwarten sei.“ Der empfindende Zustand aber, daß
ein dreijähriges Kind nicht allein schon Mehrwert schaffen
mühte, sondern hierbei bereits zum Krüppel wurde, bleibt be-
stehen und tritt eben dadurch, daß die höchste Instanz in der
Unfallrechtsprechung dem unglücklichen Wesen keine Entschädigung
zuerkannte, nur um so greller ins Licht. Auch der Unfall eines
zweifelhaften Knaben, beim Futterfressen in einem fremden
Hause, wurde nicht als Unfall anerkannt, da er das Schneiden,
wobei er vorher mit der Weiserin tätig war, später in deren
Abwesenheit gegen ihren Willen fortgesetzt hatte und dabei ver-
unglückte.“ Wie werden, so fragen wir, spätere Geschlechter über-
haupt die Barbarei einer Produktionsweise beurteilen, die Kinder
im zarten Alter zu einer der gefährlichsten maschinellen
Gantierungen heranzog? Wie wird man ferner in späteren
Tagen über die Segnungen einer Sozialgesetzgebung urteilen,
die Hausindustrie und Heimarbeit z. B. nicht als ver-
sicherungspflichtig betrachtet und diese zumeist ganz besonders
elend gestellte Arbeiterkategorie rechtlich außerhalb des Rahmens
der Unfallversicherung stellt?

Doch weiter zu einem Wilsbe, das auf die Zustände in den
Betrieben ein Schlaglicht wirft, die nach einem bekannten Wort
Mutterbetriebe sein sollen: „Zwischen zwei Geleisen hat sich
während einer Arbeitspause ein Streckenarbeiter zum Ausruhen
niedergeliegt. Er war dabei eingeschlafen und wurde von einem
Ruge überfahren. Ein Betriebsunfall wurde anerkannt.“ Der
Eisenbahnarbeiter, der sich von Anstrengungen übermannt, an
denkbar gefährlicher Stelle zum Ausruhen niederlegt, wird
ebenfalls ein Merkmal bleiben, das dem Staate der Sozial-
reform alles andere als einen Ehrenplatz in der Geschichte sichert.
Unter Buch führt uns aber jetzt zu einer Person, der der Staat
nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten besonderen Be-
stand sichert. „Besonderen Schutz, honny soit qui mal y pense,
genießt der Streikbrecher. Er ist auf dem Wege von und zur
Arbeit versichert, und zwar nicht nur gegen die Gefahr, ange-
griffen und dabei verletzt zu werden, sondern überhaupt, weil —
der Arbeitgeber bei dem während eines Streiks herrschenden
Arbeitsmangel mindestens ebenso wie das nützliche Element
an dem Erscheinen bei der Arbeit interessiert ist.“ Von diesem
Urteil ist vielleicht eine „moralische“ Einwirkung auf das un-
entschiedene gebliebene Jährige Kind, das wir vordem erwähnten,
zu erwarten. Möglich nämlich, daß es sich trotz seines ver-
krüppelten Zustandes zu der sonst bei Unfällen bevorzugten
Stellung emporarbeiten kann.

An diesen Ausweg ist um so mehr zu denken, als z. B. auch
die Kinder verunglückter Arbeiter durchaus nicht in allen Fäl-
len sicher gestellt sind. Stiefkindern steht z. B. ein Anspruch
auf Rente nicht zu, soweit nicht durch Adoption oder Einfind-
schaft besondere Rechtsverhältnisse begründet sind. Ferner haben
uneheleiche Kinder keinen Anspruch auf Rente. Nicht zu ver-
kennen ist, daß andererseits die Rechtsprechung eine gewisse
Milde walten läßt. „Beim Verlust beider Unterhaltenseltern ist die
Hilfsrente zuzusprechen, auch wenn der Verleihte sonst noch
in der Lage ist, geringfügige Verdienste zu beziehen.“ Sagen
manche ein solcher elender Krüppel aber immerhin, bevor ihm
die Rente zugebilligt wurde. Beachtung verdient weiter, daß
besonders augenfällige äußere Verunstaltungen die Erwerbs-
unfähigkeit nach einem Urteile des Reichsversicherungsamtes ver-
ringern, „da es erschwerte, Stellen zu erhalten, oder die Arbeits-
bedingungen ungünstiger sein werden.“ Als Trost mag es
ferner dienen, daß Selbstmord als unmittelbare und dann ent-
schädigungspflichtige Unfallfolge angesehen werden kann. „Den
Hinterbliebenen eines Arbeiters, der sich selbst das Leben ge-
nommen hat, wurden um deswillen Entschädigungsansprüche
zuerkannt, weil als erwiesen erachtet wurde, daß der Arbeiter
den Selbstmord in geistiger Gestörtheit, und zwar im Zustande
der Unzurechnungsfähigkeit begangen hatte, und daß diese ge-
istige Erkrankung durch einen Betriebsunfall verursacht worden
war.“ Dagegen wurde ein Selbstmord, aus Furcht vor einer
Operation ausgeführt, nicht als Unfallfolge betrachtet.

Düßere Bilder sind es, die hier aufgerollt wurden. Sie
lassen die Unzulänglichkeit der sozialpolitischen Rechtsprechung
erkennen, sowie die tausenderlei Zufälligkeiten, von denen das
Wohl und Wehe eines in kapitalistischer Trost verunglückten

Arbeiter und seiner Hinterbliebenen abhängt. Sie lehnen das
Proletariat aber auch, daß es seine Aufgabe ist, unangeseht auf
die Mängel der sozialpolitischen Gesetzgebung und ihrer Auslegung die
Blicke zu lenken. Es ist sowohl Sache der politischen wie im
weiteren Rahmen auch der gewerkschaftlichen Betätigung, hier
schon in der Gegenwart Verbesserungen anzustreben und für einen
Zustand zu sorgen, auf den spätere Gesetzgeber nicht mehr mit
Grauen und Empörung zurückblicken brauchen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

550 Millionen neue Reichsschulden. Aus den Jahren 1906
bis 1909 sind noch Reste vorhanden im Betrage von 550 Mill.
Mk., die durch Anleihen gedeckt werden sollen. Die Schulden
des Deutschen Reiches betragen 4254 Millionen Mk., wenn diese
550 Millionen Mk. dazu kommen, dann belaufen sich die Schul-
den des Reiches auf rund 4800 Millionen Mk. Rechnet man
dazu, daß der Ertrag der neuen Steuern hinter dem Voranschlag
erheblich zurückbleiben wird, und daß der bemittelte Etat in der
üblichen Weise Ueberschreitungen aufweisen dürfte, dann werden
die Reichsschulden mit Beginn des neuen Jahres jedenfalls auf
5000 Millionen Mk. angewachsen sein.

Neue Kolonialausgaben. Im Reichskolonialamt wird eine
Vorlage ausgearbeitet, die die Verstaatlichung der Diavibahn,
den Umbau der Strecke Karibib-Windhut und den Neubau der
Strecke Windhut-Reetmanshoop zum Gegenstande hat. Für die
Diavibahn werden 21 Millionen Mk. verlangt. Die Kosten der
genannten Bahnbauten werden sich auf 33 Millionen Mk. be-
tragen. Die gesamte Ausgabe würde somit 54 Millionen Mk.
betragen. Diese Summe wird als Kolonialanleihe aufgenommen,
deren Verzinsung aber vom Reiche garantiert werden muß. Man
weiß darauf hin, daß die Zinsen sehr leicht aus den Einnahmen
aus den Diamantminen bestritten werden können. Wenn aber
der Diamantenberg nach einigen Jahren sein Ende finden sollte,
dann wäre immerhin damit zu rechnen, daß die neuen Verlehrs-
wege die Kolonie insoweit weiter erschließen haben, daß mit einer
Rentabilität der Bahnen gerechnet werden kann.

Gegen die Reichsversicherungsordnung. Die 5. Jahresver-
sammlung des Verbandes der Ortskrankenkassen (Eisack-Vorbrin-
gens, die am 27. September in Hagenau tagte und von 35 Kassen
mit 115 189 Mitgliedern besucht war, nahm eine Resolution an,
in der u. a. gelöst wird: Die Versammlung erachtet insbesondere
in der vorliegenden Entwurfs, trotz einiger Verbesserungen des
bisherigen Zustandes, eine Verbesserung der Arbeiter-
versicherungsordnung. Der Entwurf läßt nicht nur die er-
wartete Zentralisierung der Krankenkassen vermissen, sondern so-
gar eine neue Kassenart, die sogenannten Landkrankenkassen, ent-
stehen, die schon wegen ihrer ungenügenden Leistungen, sowie
auch mangels jedweder Selbstverwaltung, zu verwerfen sind.
Auch hat der Entwurf in keiner Weise der dringend erforder-
lichen Erhöhung des versicherungspflichtigen Einkommens Rech-
nung getragen. Vor allen aber profiliert die Versammlung
gegen die damit verbundene Verkleinerung der Selbstverwaltung
der Versicherungen. Speziell an die Herren Reichsversicherungs-
amtspräsidenten appelliert die Versammlung, im Sinne dieser
Stellungnahme nach Kräften wirken und ihren vollen Einfluß
dahin zum Ausdruck bringen zu wollen. Den Kassenvorständen
aber wird zur Pflicht gemacht, mit den Herren Abgeordneten
ihres Bezirks entsprechend dieser Stellungnahme noch besonders
in Fühlung zu treten.

Die Aera der Sparjamkeit. Die Scherzpresse weiß von einer
lebhaften Geschäftigkeit zu berichten, die momentan in den
Reichsämtern herrscht, wo die Arbeiten für die kommende Ses-
sion des Reichstags vorbereitet werden. Der Reichsminister soll
allen Reberis die denkbar größte Sparjamkeit zur Pflicht ge-
macht haben, und man erwartet, daß in der Tat im neuen Etat
diese Sparjamkeit zum Ausdruck gelangt. — Man wird aller-
dings auf tun, nicht allzuviel auf diese Sparjamkeit zu bauen;
denn auf den Gebieten, auf denen wirklich drückende Repara-
turen zu machen wären, auf dem Gebiete des Militarismus, der
Marine und der Kolonien, wird die Sparjamkeit höchstens in
der Weise in die Erscheinung treten, daß nicht noch weit höhere
Forderungen gestellt werden.

**Der Bierkrieg ist in Köln bisher nur zwischen den Brau-
ereien und den Wirten ausgefochten worden, da der weitaus
größte Teil der Wirte den alten Preis für die alten Maße er-
hebt. Das Kölner Gewerkschaftsamt beschloß in seiner letzten
Sitzung, seine abwartende Stellung weiter zu beobachten, die
Arbeiter aber zu verpflichten, in keinem Lokale Bier zu trinken,
in dem die Wirte die bisherigen Maße und Preise nicht beibehal-
ten haben. — Der Kampf zwischen Brauereien und Wirten in
Köln hat sich mit dem Beginn dieser Woche bedeutend verschärft,
da die Brauereien dazu übergegangen sind, den Wirten, die sich
zur Mehrzahlung von 4 Mk. pro Hektoliter nicht schriftlich ver-
pflichteten, die Lieferung von Bier zu entziehen. Das lehnten
die Wirte fast rundweg ab. Sie wollen nur den Betrag der
neuen Steuer zahlen.**

Der hiesige Landtag tritt Mitte November wieder zusammen
und wird sich dann vorwiegend mit der Erledigung der Wahl-
rechtsfrage zu befassen haben.

Trennung von Schule und Kirche. Wie die „Deutsche Ztg.“
melbt, hat die Weimarer Landesynode nach heftigen Debatten
eine Tagesordnung auf Durchführung der Trennung von Schule
und Kirche angenommen.

Von dem wandelbaren Herrn Abgeordneten Böhme. Wegen
Verletzung des Reichstagsabgeordneten Dr. Böhme wurde der
verantwortliche Redakteur der „Heftigen Landeszeitung“ zu
200 Mk. Strafe verurteilt. Die Verleumdungen wurden in zwei
Artikeln gefunden, die das Blatt im Anschluß an eine Ver-
sammlung brachte, in der Böhme heftige Angriffe gegen die Li-
beralen richtete und nach den Aussagen mehrerer Zeugen von Län-
gern und Schwindlern gesprochen hatte. — Heute ist Böhme
Sekretär des liberalen Bauernbundes.

Gegen den Abgeordneten Dr. Böhme wird jetzt ein förmliches
Rechtstreiben unternommen. Eine Vertrauensmännerver-
sammlung des „Bundes der Landwirte“ in dem von Dr. Böhme im
Reichstage vertretenen Kreise Warburg hat gegen ihn einen Ver-
treter ein Misstrauensvotum beschlossen. Zugleich wurde er-

klärt, daß die Bündler, „wenn sie den politischen Entwicklungs-
gang des Herrn Dr. Böhme, der eine gewisse Ähnlichkeit mit dem
des Herrn v. Gerlach zeigt, hätten voraussehen können, ihm nun
und nimmer ihre Stimme gegeben haben würden, zumal sie auch
an seiner Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit berechnete Zweifel
hegen müssen.“ — Schließlich wurde der Wahlvorstand beauf-
tragt, umgehend Schritte zu tun, um die Deutsch-Sozialen,
Konserverativen, Zentrum und Christlich-Sozialen zu einem ge-
meinsamen Vorgehen gegen Herrn Böhme zu veranlassen.

Wie sich das Zentrum rechtfertigt. Auf seiner bisher un-
glücklich verlaufenen Rechtfertigungstour kam der Abgeordnete
Dr. Fleischer am Dienstag auch nach Breslau und hielt dort
eine fast dreistündige Rede. In der Diskussion erhielt ununter-
brochen Genosse Löbe auf 10 Minuten das Wort. Als die Christ-
lichen merkten, daß er Beifall erntete, wurde er, als er ein
zweites Mal reden wollte, von dem Arbeitersekretär Bull vom
Stuhle herabgezerrt, auf dem er stand, und mit Schlägen be-
droht. Es entstand ein großer Tumult, bei dem die Polizei
eingriff. Das war ganz im Sinne des Dr. Fleischer, denn nun
wurde die Versammlung kurzerhand geschlossen.

Aufgehobenes Versammlungsverbot. Wie noch erinnern-
sollte am 22. August d. J. im Wahlkreise des Herrn v. Hepp-
brand eine sozialdemokratische Volksversammlung stattfinden.
Sie wurde aber von dem Amtsvorsteher in Bogislavitz im
Königreich Preußen mit der etwas eigenartigen Begründung
verboten, daß am Orie eine Scharlachepidemie herrsche. Der
Einberafer der Versammlung, Genosse Schlich, richtete hierauf
eine Beschwerde an den Minister des Innern und verlangte die
Aufhebung des Verbotes. Nach vierwöchentlicher Untersuchung
erhielt der Beschwerdeführer den Beifall, daß die angelegten
Ermittlungen ergeben hätten, daß allerdings in Bogislavitz ver-
einzelte Fälle von Scharlach aufgetreten wären, die aber nach
dem Gutachten des Kreisarztes nicht den Umfang einer Epidemie
angenommen hätten. Das vom Amtsvorsteher erlassene Verbot
ist daher nicht gerechtfertigt.

Aussparung in der Impfsfrage ist kein grober Unfug. Im
Mai dieses Jahres berichtete der Impfwagengegnerverein in
Görlitz in den Zeitungen über eine Impfschädigung mit töd-
lichem Ausgange. Der Vorsitzende des Vereins erhielt daraufhin
einen richterlichen Strafbefehl wegen groben Unfugs in Höhe
von 3 Mk. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. In der
Verhandlung vor dem Schöffengericht bestätigte die Mutter des
verstorbenen Kindes die Richtigkeit der in dem Artikel ent-
haltenen Angaben. Der Arzt hatte schon in der Vorunter-
suchung zugegeben, er habe das Kind geimpft, trotzdem er Stro-
phule festgestellt hatte. Das Gericht erkannte den Anträgen des
Verteidigers entsprechend auf Freisprechung des Angeklagten und
Uebnahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse.

Ein Hohn auf die Koalitionsfreiheit. Dem preussischen Land-
tage soll der Entwurf eines Gesetzes, die Beamtenorganisation
betreffend, zugehen. Danach soll den Beamten das Recht zu-
stehen, sich zu organisieren. Doch ist diesen Organisa-
tionen jede Einwirkung auf die Dienstverhältnisse der Beamten
bestehender Zustände verboten. Mitglieder können nur alt-
beamte sein. Die Redaktion der Beamtenfachblätter darf nur
von aktiven Beamten geführt werden, die auch verpflichtet sind,
verantwortlich zu zeichnen. Den Leitern der Organisation kann
zur Wahrnehmung dieser Geschäfte Dienstleistung zuge-
standen werden.

Eine schroffere Verböhnung des Gedankens der Koalitions-
freiheit ist jedenfalls noch nicht dagewesen. Wenn die Beamten
sich darauf einlassen, solche Organisation zu bilden, so werden

Herr v. Holstein und der Flottenkoller.

In dem letzten Hefte der „Deutschen Revue“ veröffentlicht der nationalliberale Landtagsabgeordnete Legationsrat a. D. vom Reichstag Herr v. Holstein, die nicht geringen Bemerkungen, als daß der langjährige Leiter der deutschen auswärtigen Politik im letzten Ende mit der sozialdemokratischen Kritik am Flottenrüstungswahn vollständig übereinstimme. Der Abgeordnete vom Reich, der in den letzten Jahren mit Herrn v. Holstein intim verkehrte, weist nach, daß die Ansichten des Herrn v. Holstein, der unter Bülow der eigentliche Leiter der auswärtigen deutschen Politik war, den Wahnsinn des vom Flottenverein verbreiteten Rüstungsfiebers gerade so klar erkannte und im Herzen ebenso scharf verurteilte, wie das nur in der sozialdemokratischen Presse je geschehen ist. Herr vom Reich erzählt, daß der deutsche Flottenbau Herr v. Holstein während seiner letzten Jahre mehr als alles andere beschäftigt hat. Welche große Bedeutung dieser langjährige Leiter der deutschen Auswärtigen Politik der abenteuerlichen Flottenpolitik beimah, geht aus einer Briefstelle hervor, die Herr vom Reich mitteilt. Diese Briefstelle stammt vom 2. Februar 1907 und lautet: „Die Flottenfrage ist die Hauptsache, alle anderen Fragen sind daneben minderwertig.“ Wie das gemeint war, beweist folgende Stelle einer Äußerung vom Dezember 1907:

„In Deutschland grassiert das Flottenfieber. Diese gefährliche Krankheit wird durch die unzutreffende Furcht vor einem englischen Angriff genährt. Die Wirkung des Flottenfiebers ist in dreifacher Richtung eine verderbliche: In der inneren Politik durch die Treibereien des Flottenvereins, die auch die große Verstimmung in Süddeutschland hervorgerufen. In der Finanzwirtschaft durch die unerschwinglichen Ausgaben. In der auswärtigen Politik durch das Mißtrauen, das diese Rüstung erweckt. England erblickt darin eine Drohung, durch die es dauernd an die Seite Frankreichs gefesselt wird. Dabei ist es gänzlich ausgeschlossen, auch bei höchster Steueranpannung eine Flotte zu bauen, die den vereinigten von England und Frankreich gewachsen wäre.“

Auch unter den Parlamentariern verurteilten manche das Flottenfieber, aber niemand will die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, Schiffe abzulehnen.

Ja, es kommt vor allem darauf an, die Lügenhaftigkeit des perfiden Sages klar zu machen: Jedes Schiff mehr ist eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reiches, wenn jedes Schiff mehr der Anlaß ist, daß — von Frankreich nicht zu reden — England zwei Schiffe mehr baut. Wie stellt sich da die Vermehrung der deutschen Macht? Einfaches Rechenexempel! Wenn Sie, wie ich vermute, die Absicht haben, das Publikum auf die Vorfälle hinzuweisen, ist das eine patriotische Tat.“

Herr v. Holstein hat mit seiner Ansicht nicht durchdringen vermocht. Man weiß ja, daß ihm nicht nur das leidenschaftliche Interesse Wilhelm II. für die unausgesetzte Verklärung der deutschen Marine entgegenstand, sondern auch die materiellen Interessen der im Flottenverein und in gewissen einflussreichen Parteien ausschlaggebenden Panzerplattenpatronen! Es ist aber interessant, daß es gerade ein nationalliberaler Abgeordneter ist, der durch Belegstellen aus Briefen des langjährigen Leiters der deutschen auswärtigen Politik nachweist, daß man auch in leitenden Regierungskreisen von der Verderblichkeit der immer weiter getriebenen Flottenrüstungen überzeugt war.

Die Dankbarkeit der Agrarier.

Der agrarische Kanzler Bülow hat die Wahrheit des alten Wortes, daß Lohnt der Welt Lohn ist, recht derb zu fühlen bekommen. Wenn irgend einer, so hätte doch der Anspruch auf die Dankbarkeit der Agrarier gehabt, er, der seine Gelegenheit unbenutzt ließ, die agrarischen Bedürfnisse noch aufzumuntern und sie seiner Protektion zu verschaffen. Und bei dem ersten Falle, da Bülow einmal die Agrarier zur Stütze seiner Wochtpolitik bedurfte, da verlangte sie; nicht zufällig oder in Unkenntnis der Tragweite ihres Handelns, nein, ganz bewußt ließen sie ihn im Stich.

Die kürzlich von Zentrumsseite aufs neue angestellten Erörterungen über die Ursachen des Bülow'schen Rücktritts haben eine Zeitungs polemik ausgelöst, die recht interessante Blicke hinter die Kulissen der offiziellen Politik tun läßt.

Kürzlich hat der Generalmajor v. Voebell, der Bruder des früheren Unterstaatssekretärs v. Voebell, des bekannten Hausbesitzer Bülow's, die Konservativen wegen der Kanzlerstürze angegriffen, und er wurde dafür in der „Deutschen Tageszeitung“ gerügt. In einem langen Schreiben an das agrarische Blatt verteidigt sich der Herr Generalmajor, und er sagt da u. a.:

„Ich habe meinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß verschiedene Zeitungen, auch konservative und namentlich die des Bundes der Landwirte, die nunmehr geschichtliche Tatsache, daß die Führer der konservativen Partei rechtzeitig vom Rücktritt Bülow gewarnt und auf die Folgen ihrer Opposition in der Reichsfinanzreform hingewiesen worden sind, desgleichen über das Verhältnis des Rücktritts Bülow zum Kaiser ihren Lesern vorzulegen. . . . Ganz besonders konnte obige Tatsache der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dr. Dertel, ein Verehrer des Rücktritts, der noch heute mit ihm in Fühlung steht, leicht aus der kompetentesten Quelle erfahren.“

Dertel antwortet auf diese direkte Anzapfung des Folgenten: „Herr Generalmajor v. Voebell hat es für gut befunden, der ganzen Angelegenheit eine persönliche Spitze gegen den Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ zu geben. Er meint, dieser habe leicht aus der kompetentesten Quelle erfahren können, daß Herr Bülow die Führer der konservativen Partei rechtzeitig auf die Folgen ihrer Opposition in der Reichsfinanzreform hingewiesen habe. Dazu brauchte sich der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ nicht erst an den Fürsten Bülow zu wenden. Es war ja bekannt und in der trefflichen Reichstagsrede des Abgeordneten von Heydebrand und der Lasa angebeutet worden. . . . Wir standen und stehen aber heute noch auf dem Standpunkte, daß diese Unterredung, die im April, kurz vor der Tagung des weiteren Ausschusses der deutsch-konservativen Partei, stattfand, keine Wirkung haben konnte, weil die Führer der konservativen Partei von Anfang an dem Fürsten Bülow kein Gehör darzulegen hatten, daß die Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine Befestigung des Erbes der Ehegatten und Kinder niemals zu haben sein werde.“

Herr Generalmajor v. Voebell hat es für angezeigt erachtet, nebenbei zu bemerken, daß Herr Dr. Dertel noch heute mit dem Fürsten Bülow in Fühlung steht. Da diese Bemerkung leicht mißverstanden werden kann, stellen wir folgendes fest: Herr Bülow hatte beim Abschiede seine Karte auch bei dem Chefredakteur Dr. Dertel abgegeben. Da dieser damals verreist war, glaubte er als höflicher Mann und, wie er gern zugibt, als ein Verehrer des Rücktritts, ihm einen Brief des Abschiedes überreichen zu sollen, in dem er dem Bedauern über den Rücktritt des Fürsten Ausdruck gab, gleichzeitig aber hervorhob, daß er den Standpunkt seiner politischen Freunde durchaus teile und von seiner Richtigkeit völlig überzeugt sei.

Außerdem war, wie dem Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung nach seiner Rückkehr vom Urlaub zu Ohren kam, das Gerücht verbreitet, er habe in dem Fürsten Bülow die Hoffnung geweckt, daß die Nachschüsse oder die Erbansatzsteuer noch die Zustimmung der Konservativen finden werde. Das war durchaus unrichtig. Herr Bülow hatte schon zu Ostern durch den Unterstaatssekretär v. Voebell dem Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung sagen lassen, daß dieser ihm von Anfang an reinen Wein eingegossen habe. Um aber für alle Zukunft Mißverständnisse unmöglich zu machen, hat Dr. Dertel den Fürsten Bülow in einem Briefe, ihm zu bestätigen, daß dies der Fall sei, daß er niemals ein Wort gesagt habe, aus dem geschlossen werden konnte, die Konservativen würden gegebenenfalls schließlich für die Nachschüsse oder Erbansatzsteuer zu haben sein. Herr Bülow hat dies denn auch bestätigt.

Dertel teilt schließlich noch mit, daß der jetzige Oberpräsident v. Voebell gleichfalls mit ihm in der Sache korrespondiert, er wolle aber die Korrespondenz noch vertraulich behandeln.

Fürst Bülow und seine Gegner.

Zu den vielerörterten Gründen über den Zusammenhang zwischen dem Rücktritt Bülow's und den November-Ereignissen nimmt der bekannte Berliner Offizier der „Königlichen Jg.“ das Wort und sagt, die Erörterungen der letzten Tage hätten eine derartige Ausdehnung angenommen, daß aus ihnen nahezu eine Frage zu werden drohe, weshalb regierungsförmig eine Widerlegung nicht lange auf sich warten lassen werde. Weiter heißt es dann:

„Es wird zweifelsohne bestätigt werden, daß die auf die Vorgänge im November bezüglichen Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ durchaus der Wahrheit entsprachen. Die ganze Darstellung, als ob der Kanzler die Veröffentlichung im „Daily Telegraph“ vorbereitet oder veranlaßt habe, hat auch nicht den Schein einer vernünftigen Unterlage. Wenn man die Erzählung damit zu stützen sucht, daß schon vorher in der „Deutschen Revue“ ein ähnliche Gedanken behandelnder Aufsatz erschienen ist, so übersteht man ganz, daß dieser Aufsatz sich gegen einen Artikel der „Internationalen Revue“ wendet und zu seiner Widerlegung geschrieben war. Keineswegs kann darin die Einleitung eines Briefwechsels erblickt werden. Dann sucht man die Unzulänglichkeit der früher gemachten Erklärungen dadurch zu beweisen, daß in ihnen von einem unendlich geschriebenen Manuskript die Rede war, während, wie jetzt behauptet wird, das Manuskript in mehreren Kopien in Maschinenchrift überliefert sein soll. Diese Angabe ist durchaus falsch, denn die Aufzeichnung kam lediglich als Manuskript nach Deutschland, und zwar als ein so schlecht geschriebenes und schwer leserliches, daß man sich im Auswärtigen Amt entschloß, Abschriften mit der Schreibmaschine herstellen zu lassen. So steht es mit der Maschinenkopie. In Berlin wurde das Interview im „Daily Telegraph“ zuerst durch eine telegraphische Übermittlung des Wolff-Bureaus bekannt, durch die es auf gewöhnlichem Wege in die Zeitungen überging. Man hat sich in einigen Blättern darüber gewundert, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dieses Interview abdruckte, und hat das als eine gewisse Begünstigung oder Konvenienz hinstellen wollen. Man würde sich noch mehr gewundert haben, wenn ein Blatt ein zum öffentlichen Ereignis gewordenen Interview von diesem Interesse toteschweigend hätte. Was die Fabel von der Selbstbefriedigung Bülow's, die er wider besseres Wissen gegen sich selbst erhoben haben soll, anbelangt, so lohnt es sich eigentlich kaum der Mühe, diese überaus gekünstelte und in sich unabwehrbare Unterstellung zu widerlegen. Als es sich damals darum handelte, welche Stellung Fürst Bülow zu der Veröffentlichung einnehmen solle, war das Ergebnis der Beratungen, daß man am richtigsten handeln werde, wenn man rückhaltlos die reine Wahrheit sage, einmal, weil durch solches Verfahren immer die beste Klärung geschaffen wird, sodann aber auch, weil alle Vertuschungsversuche bei einer Angelegenheit, an der immerhin viele Personen beteiligt waren, auf die Dauer nicht vorgehalten haben würden. Endlich wird nach wie vor auf der Behauptung bestanden, daß die Stellung des Fürsten Bülow schon seit dem November vollkommen erschüttert gewesen und daß sein Rücktritt nur eine Frage der Zeit gewesen sei. Es ist ein Irrtum, daß der Rücktritt des Kanzlers auf den Kaiser und auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Kanzler und Kaiser zurückzuführen sei. Nachdem durch die bekannten Abstimmungen im Reichstage die Würfel gefallen waren, hielt es Fürst Bülow für seine Pflicht, dem Kaiser — und zwar tat er das aus eigener Initiative — über die entstandene Lage Vortrag zu halten. Bei diesem Ende Juni in Kiel gehaltenen Vortrage drückte Fürst Bülow seine Überzeugung dahin aus, daß er bei der neu geschaffenen Lage nicht mehr mit Nutzen für das Land an der Spitze der Reichsgeschäfte bleiben könne, der Kaiser seinerseits würdigte die Gründe des Fürsten und beschloß daraufhin, den Kanzlerwechsel entsprechend dem Vortrage des Fürsten Bülow vorzunehmen. So ist die Sache in aller Einfachheit verlaufen und die Entscheidung des Kaisers erfolgte auf Grund rein sachlicher Erwägungen und ohne daß auf den Fürsten Bülow ein Zwang, ein Druck oder eine Anregung ausgeübt worden war. Fürst Bülow hat, ohne der Entscheidung des Kaisers vorgehen zu wollen, einen anderen Ausgang nicht erwartet und war im Gegenteil zu dem, was die „Kreuzzeitung“ schreibt, davon überzeugt, daß die Unterredung in Kiel diesen und keinen anderen Ausgang haben wird.“

Frankreich.

ak. Kirche und Sozialismus. In Paris hat sich vor kurzem ein katholischer Geistlicher als Parteimitglied gemeldet. Von der Bezirksgruppe aufgenommen, wurde er schließlich nach eingehender Diskussion von der Wahlkreisorganisation abgelehnt. Man erklärte, daß die Partei keine religionsfeindliche Organisation sei, daß aber die berufsmäßige Verbreitung von Unwahrheiten, wie die Stellung eines Dieners der orthodoxen Kirche, sie mit sich bringe. — protestantische und wohl auch jüdische Geistliche freier Richtung gehören der französischen Partei an — mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar sei. Im „Socialiste“, dem querschnittlichen Wochenblatt, unterzeichnet Genosse Compère-Morel diese Ablehnung einer Kritik. Er verwirft jede Identifizierung der sozialistischen Bewegung mit Fragen irgend welcher anderen Art. So wenig wie der Republikanismus oder die Demokratie, sei die Religionsgegnerschaft eine sozialistische Angelegenheit. Der Glaube an einen Gott oder ein Fortleben im Jenseits sei mit der Forderung der Enteignung der Kapitalisten ganz wohl vereinbar. — Diese einseitig wirtschaftliche Auffassung erfährt eine treffende Zurückweisung durch den Genossen Rouanet in der „Humanité“. Rouanet hebt den Unterschied hervor, der zwischen einem einfachen Gläubigen, den allerdings die Partei nicht zurückweisen habe, und einem Priester, dem Diener der organisierten Macht der Kirche, bestehe. Er legt dar, daß die Kirche eine soziale und politische Macht ist, die überall im schärfsten Gegensatz zu den Befreiungsbestrebungen der Arbeiter steht. Da sie von ihren Vertretern blinden Gehorjam verlangt, so ist es unmöglich, daß ein wirklicher Priester auch aufrichtiger Sozialist sein kann. Entweder sei er beauftragt, gegen die Partei zu intrigieren, oder sein Verbleiben im Dienste der Kirche sei unethisch. Bestenfalls sei er ein Wirtkopf. Eine Gemeinamkeit zwischen der organisierten reaktionären Partei, die Kirche heißt, und dem Sozialismus sei ausgeschlossen. — Tatsächlich hat sich bisher überall gezeigt, daß jeder Geistliche, der auch nur ernsthaft die proletarischen Interessen zu vertreten beginnt, in Konflikt mit der feudal-kapitalistischen Organisation der Kirche gerät, wobei entweder Gefinnung oder seine Stellung geopfert wird. Wie sollte da der revolutionäre Sozialismus mit dem berufsmäßigen Dienste für die reaktionäre Organisation der Welt vereinbar sein! So ist es zu erwarten, daß die Entscheidung des 10. Pariser Kongresses in dieser Frage auch künftig von der Partei gebilligt werden wird. Wer Sozialist sein will, möge zuvor das Priestergewand ablegen.

Rußland.

Der spionierende Zar. W. Burzew setzt in der soeben erschienenen neuesten Nummer seiner Zeitschrift „Wojna“ die Enthüllungen über das betrugliche „Journal des Zaren“ fort, das vom Direktor des Polizeidepartements speziell für den Zaren angefertigt und vom Minister des Innern dem Zaren unterbreitet wird. Bekanntlich besteht dieses mit der Hand geschriebene Journal aus einer Folge von Berichten, die den Zaren über alle Einzelheiten des Kampfes der Regierung gegen das Volk unterrichten. Den Hauptinhalt des Journals des Zaren bilden die Berichte seiner getreuen Mitarbeiter: vom Schläge Wlows und Hartings, und von ihrem Standpunkte aus sind auch die wichtigsten Ereignisse der inneren und äußeren Politik dargelegt. Der Inhalt dieses Journals ist aber nicht bloß charakteristisch für das geistige und moralische Niveau der Verbrenner, die der Zar anwendet, um diejenigen zu belästigen, die für die Freiheit des Volkes im Leben einstehen.

Als man Alexander II. ein Verzeichnis der Personen unterbreitete, die einen russischen Emigranten in London besucht hat-

ten, warf er es ins Feuer, weil er es als eine Schmach betrachtete, polizeiliche Denunziationen zu lesen. Nikolaus II. ist weit entfernt von diesem elementaren Reinlichkeitsbedürfnis seines Großvaters. Die vorliegenden Abschnitte seines Journals, die ausschließlich der russischen Emigration im Auslande in den Jahren 1897—1900 gewidmet sind, und die er sämtlich „mit Vergnügen“ gelesen hat, legen Zeugnis ab von den umfassenden Spionagetalenten des Zaren.

Der Zar interessiert sich nicht bloß für den Inhalt und die Mitarbeiter der im Auslande herausgegebenen revolutionären und oppositionellen Organe und Schriften, für die Art und Weise, wie sie in Rußland eingeschmuggelt werden, für die Versammlungen, die in den russischen Kolonien stattfinden, für die allgemeinen Parteiverhältnisse in den Reihen der Revolutionäre, für die Stimmung der russischen Studierenden Jugend im Auslande, er läßt sich auch eingehend berichten über die Konflikte und Neugruppierungen im Lager der Revolutionäre, über ihren Verkehr mit den ausländischen sozialistischen Parteien und über die Geldmittel, die ihnen zufließen. Da wird die seit Knigsberg bekannte Anschuldigung wiedergegeben, daß die „Vorwärts“-Buchhandlung in Berlin russische sozialdemokratische Schriften in Rußland eingeschmuggelt habe. Da wird berichtet, daß ein russischer sozialdemokratischer Verein in Amerika vom Einkommen eines Neujahrssalles 1750 Franken dem Genossen Plechanoff in Genf sandte, daß ein Studentenverein in Wien 25 Gulden für den „Fonds der freien russischen Presse“ in London spendete, daß Genosse Dr. Ingemann in Amerika Sammlungen für die politischen Verbannten in Sibirien veranstaltete, daß eine Gruppe jüdischer Sozialdemokraten in New York 3000 Rubel zur Unterstützung der sozialdemokratischen Propaganda nach Rußland sandte. Auch das wird registriert, daß die Wiener jüdische Gemeinde den unbemittelten jüdischen Studenten aus Rußland eine Jahresunterstützung von 600 Gulden bewilligte, mit dem Hinweis, daß dieses Geld in die Hände von Sozialdemokraten geraten sei, die es zum Teil zu Propagandazwecken ausgeben hätten. Da wird ferner eingehend berichtet, welche Schritte die russischen Konstitutionalisten im Auslande unternahmen, um die beginnende politische Bewegung in Rußland auszunutzen, wer von den russischen Liberalen sich durch seinen Verkehr mit den Revolutionären kompromittiert, welche Geldmittel und Informationen den Revolutionären von ihnen zufließen. Vor allem sind es aber die Briefe einzelner, der Regierung als gefährlich erscheinenden Emigranten, die das Interesse des Zaren erwecken. In den veröffentlichten Berichten an den Zaren sind folgende „auf dem Wege der Geheimagentur“, d. h. durch Verleumdung oder Diebstahl erlangte Abschriften von Briefen enthalten: 1. Brief von Felix Wolchowski an Gabriel Palamez, Sofia, 2. Brief von Burzew an Iwan Raschizew, Sofia, 3. Briefe von A. Teploff, London, an Iwan Raschizew, 4. Brief von Stepanoff an den bulgarischen Militärarzt Joachim Bronin. Alle diese von den Spähern und Prokopateuren gestohlenen und abgeschriebenen Briefe hat der Zar gelesen, genau so wie er die von seinen Kreaturen übermachte private Korrespondenz Leo Tolstois und zahlreicher anderer Personen gelesen hat.

Die Agenten des Zaren erstatten Bericht über die Veranstaltungen der internationalen Sozialdemokratie, namentlich über solche, die zu den Ereignissen in Rußland Stellung nehmen oder an denen sich russische Sozialisten beteiligen. So enthält der Bericht pro Mai 1897 die Mitteilung, daß am 24. Mai unter dem Vorhabe der sozialdemokratischen Deputierten Dapanski und Kojalewicz eine von 5000 Personen besuchte Massenversammlung in Wien stattfand, in welcher Reden gehalten wurden, welche die russische Revolution verherrlichten und Geldsammlungen zugunsten der russischen Revolutionäre veranstaltet wurden. Der Bericht pro Mai 1899 enthält ein aus der deutschen bürgerlichen Presse stammendes Referat über die internationale sozialistische Konferenz in Brüssel am 27. Mai 1899, in welchem darauf hingewiesen wird, daß auch ein Russe namens Medanoff an der Konferenz teilgenommen habe. Hierzu bemerkt der Verfasser des Berichtes melancholisch: „In den Akten des Polizeidepartements sind keinerlei Angaben über einen Medanoff enthalten, und es ist sehr wahrscheinlich, daß das nicht sein richtiger Name ist.“

Australien.

ak. Rüstungen. Der Gedanke der britischen Reichverteidigung gewinnt rasch an Boden. Namentlich ist es Australien, das unter der Angst vor der „gelben Gefahr“, d. h. dem Einbruch der Japaner, leidet und daher zu militärischen Opfern bereit ist. Im Bundesparlament teilte der Kriegsminister mit, Großbritannien habe kein Schlachtschiff und nur 4 gepulste Kreuzer im Stillen Ozean, Japan aber 15 Schlachtschiffe und 12 Kreuzer, Amerika 11 Kreuzer. Australien wolle einen gepulsten, 3 ungepulste Kreuzer, 6 Torpedobootzerstörer, 3 Unterseeboote u. v. m. mit einer Besatzung von 2300 Mann schaffen. Neu ist auch die geplante Einführung des Dienstwanges, der zunächst nur in den dichter bevölkerten Gebieten, d. h. für 60 Prozent der Bevölkerung eingeführt werden soll. Bereits mit 12 Jahren soll die Ausbildung der „Mädchen“ beginnen. Alles zusammen soll die Militärfreiwilligen und gewöhnlicher Mannschaften ein erstes Aufgebot von 260 000 ausgebildeten Erwoachsen und 115 000 Mann Reserve ergeben. Die jährlichen Kosten sollen 51 Millionen Mark betragen. Für den Anfang und ein Land von kaum 5 Millionen Einwohner sind das ganz nette Zahlen. Der Traum der Abrüstung in der bürgerlichen Gesellschaft, den gutmütige Demokraten gezeugt haben, verflüchtigt sich immer rascher. Dem Kapitalismus folgt mit der Ausbildung des Imperialismus, der neuesten kapitalistischen Weltveränderungspolitik, unweigerlich der Militarismus, sei es zum Angriff, wie in Nordamerika und Japan, sei es zur Abwehr, wie in China und Australien.

China.

ak. Kapitalistische Weltveränderungspläne. In China hat Morgan, der Leiter des amerikanischen Stahlwerks, wunderbares Neuland für kapitalistische Ausbeutung entdeckt. Er hat auf einer Studienreise nur zwei modern eingerichtete Betriebe der Metallindustrie gefunden, und sieht da ein weites Feld der Entwicklung. Die Löhne der Chinesen sind natürlich so wunderbar niedrig, daß einem Kapitalisten das Herz vor Wehmut und Lust vergehen möchte. Arbeiter verdienen 17—25 Mt., Dienarbeiter 25, Hilfsarbeiter 17—21, Schmelze 31—52 Mt. im Monat! Das sind Löhne, wie sie gelernter Arbeiter in Amerika in 2—3 Tagen verdienen. Frauen verdienen gar nur 21 Pf. im Tag! Also auf nach China! Schon soll der Staatssekretär Knox, bemerkt dazu das sozialistische Wochenblatt „Appeal to Reason“ („Aufruf zur Vernunft“), erklärt haben: „Unsere Politik in Ostasien heißt: der amerikanische Dollar, dahinter der amerikanische Mann und hinter beiden die amerikanische Regierung!“ — Sicher.

Kommunales.

Besteuerung des Reichsstaats durch die Kommunen. Die bisherige Steuerpolitik des Reichs für Kommunen in den Gemeinden soll endlich beseitigt werden. Wie verlautet, wird jetzt ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der die Besteuerung des Reichsstaats vorzieht. Der Entwurf soll dem Reichstag in der kommenden Session vorgelegt werden. Es handelt sich hier um einen der zahlreichen Gegenstände, deren allgemeine reichsrechtliche Regelung nach der Gründung des Reichs zweckmäßig gewesen wäre, der aber mit Rücksicht auf andere gesetzgeberische Aufgaben zurückgestellt wurde. Infolgedessen sind bei der Frage der Besteuerung des Reichsstaats häufig wiederkehrend Zweifel in Theorie und Praxis aufgetaucht, wobei oft auch Petitionen eingebracht worden, schließlich auch verschiedentlich Maßnahmen der Gesetzgebung in Aussicht gestellt, ohne daß es jedoch zu einer endgültigen Regelung gekommen ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sack, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Wiesbaden.



Ein Posten
Sammet-Gummi-Gürtel
prima Qualität in schwarz
Stück 150

Ein Posten
reinwollen Damenstrümpfe
englisch lang
Paar 88

Ein Posten
reinwollen Herren-Socken
prima Qualität
Paar 45

Grosse Posten
imit. Perser-Teppich
jeder Teppich
ca. 130/200 6
ca. 170/230 9
ca. 200/300 14

ne Schmach betrach-
tolaus II. ist weit
bedürfnis seines
Journal, die
Auslande in den
jämlich mit Ver-
en den umfassenden

den Inhalt und die
nen revolutionären
für die Art und
erden, für die Ver-
stärkenden, für die
der Revolutionäre,
n Jugend im Aus-
er die Konflikte und
näre, über ihren
Parteien und über
die seit Königsberg
die „Vorwärts“-
otografische Schriften
berichtet, daß ein
merita vom Reimen
dem Genossen
tenverein in Wien
sichlichen Presse“ in
rmann in Amerika
in Sibirien veran-
otografen in Newpor-
otografischen Propa-
registriert, daß die
jüdischen Studenten
10 Gulden bewilligte,
Hände von Sozial-
Propagandawenden
nd berichtet, welche
n Auslande unter-
g in Rußland aus-
durch seinen Ver-
welche Geldmittel
n ihnen aufstießen.
der Regierung als
Interesse des Varen
an den Varen sind
, d. h. durch Ber-
von Briefen ent-
Gabriel Valamez,
schingew, Sofia, 3.
schingew, 4. Brief
Joachim Bronin.
en geföhlenen und
enau so wie er die
Korrespondenz Leo
elefen hat.

t über die Veran-
ratie, namentlich
d Stellung nehmen
ligen. So enthält
das am 24. Mai
Deputierten Pa-
n bejuchte Massen-
eden gehalten wur-
lichten und Gelb-
ionäre veranstaltet
n aus der deutschen
die internationale
1899, in welchem
namens Mechanoif
bemert der Ver-
kten des Polizeien
Mechanoif ent-
nicht sein richtiger

hen Reichsverteid-
ist es Australien,
d. h. dem Einbruch
Opfern bereit ist.
ifter mit, Groß-
gejuchte Kreuzer
te und 12 Kreuzer,
gejuchten, 3 un-
Unterseeboote ujm.
Neu ist auch die
r zunächst nur in
Prozent der Be-
nit 12 Jahren soll
alles zusammen soll
nichten ein erstes
nenen und 115 000
n sollen 51 Millio-
in Land von kaum
ahlen. Der Traum
ajt, den gutmütige
mer rascher. Dem
imperialismus, der
t, unweigerlich der
Nordamerika und
Australien.

In China hat
abstruht, wunder-
n endend. Er hat
gerichtete Betriebe
n weites Feld der
tätig so wunder-
vor Wehmut und
enten 17-25 Mt.,
ede 31,50-42 Mt.
rbeiter in Amerika
en gar nur 21 Bfg.
der Staatsfretter
nblatt „Appeal to
haben: „Unsere
ollar, dahinter der
merikanische Regie-

mmunen. Die bis-
ngen in den Ge-
erlautet, wird jeht
erung des Reichs-
sttag in der tom-
sch hier um einen
ine reichsrechtliche
wedmäßig gewejen
überliche Aufgaben
der Frage der Be-
ehrend Zweifel in
sch Petitionen ein-
h Maßnahmen der
es jedoch zu einer

Max Gahr, Ma-
e in Bielefeld.



Mitteilung für unsere Kunden!

Für die wohlfeile Woche
Für die wohlfeile Woche
Für die wohlfeile Woche
Für die wohlfeile Woche

werden lange Zeit vorher grosse Vor-
bereitungen getroffen.
haben wir grosse Warenposten selten
gut und vorteilhaft eingekauft.
rechnen wir weniger auf Verdienst als
auf die Festigung unseres Kundenkreises
sind unsere Schaufenster teils mit wohl-
feilen Waren dekoriert. 5311

Unsere wohlfeile Woche

beginnt heute Donnerstag, den 30. September und endet Donnerstag, den 7. Oktober.

Kleider-Stoffe.

1 Posten
Reinw. Satintuch
110 cm breit
in den neuesten Farben
Meter **1⁶⁵**

1 Posten
Reinw. Diagonal
in den neuesten Farben
Meter 1,45 u. **98**

1 Posten
Reinw. Blumenflanel
nur fast Neuheiten
Meter **1³⁵**

1 Posten
Reinw. Damentuche
in den neuesten Farben
110 und 120 cm breit
Meter **3⁷⁵**

1 Posten
Blusen-Sammete
und Manchester
Meter 1,75 und **1²⁵**

Noch nie geboten!
Ein grosser Posten
Blusenflanelle **87**
gestreift und kariert, elegante Stoffe
Meter

Hervorragende Gelegenheit!
1 Posten
darunter hübsche Karos, Kostümstoffe und elegante uni Stoffe
Meter 2,25 und **1²⁵**

Einmalige Gelegenheit!
1 Posten
Nur solange Vorrat! in allen Farben
jede Jacke **8⁷⁵**

1 Posten
Schlafdecken
140/190 cm gross
Nur solange Vorrat! —
jede Decke **98**

1 Posten
Betttücher
in weiss und bunt
140/190 und 150/200 cm gross
Nur solange Vorrat!
1,55 und **1³⁸**

Seltene Gelegenheit!
Mehrere
Reste-Kollektionen
Handarbeiten
aufgezeichnete und angefangene Arbeiten mit Material

darunter die elegantesten Sachen:
Ueberhandtücher, Kissen, Besen-
vorhänge, Waschtisch-Garnituren,
Wäschebeutel, Decken, Klammer-
schürzen, Mileux
hiervon einen Teil
jedes Stück
solange Vorrat **95**

Ein Posten
Sammet-
Gummi-Gürtel
prima Qualität in schwarz
Stück **1⁵⁰**

Ein Posten
reinwollene
Damenstrümpfe
englisch lang
Paar **88**

Ein Posten
reinwollene
Herren-Socken
prima Qualität
Paar **45**

Grosse Posten
imit. Perser-Teppiche
jeder Teppich
ca. 130/200 **650**
ca. 170/230 **950**
ca. 200/300 **1475**

Zum Umzuge!

1 Posten
Rouleaux-Köper
in creme und weiss
Meter **35**

1 Posten
Breite Gardinen
nur beste Reliefware
Meter 95, 65 und **38**

1 Posten
Gardinen-Muster
jedes Stück zum Aussuchen
50 und **25**

1 Posten
Läuferstoff-Reste
in Längen bis 5 Meter
Meter 68, 45 und **32**

1 Posten
Rouleauxdamast
nur schöne Dessins
Meter **75**

1 Posten
Felle
weiss und grau
jedes Stück **95**

1 Posten
Engl. Tüllgardinen
beste Reliefware
Fenster **3⁵⁰**

Damen-Konfektion.

Seltene Posten
Gelegenheit! Kostümröcke
aus bestem Cheviot und Tuch
meistens Empire-Fasson
Stück 10,50 und **6⁷⁵**

1 Posten
aparte Wollblusen
hochschick verarbeitet
jede Bluse **4⁷⁵**

Posten Brüsseler Blusen
Bändchenarbeit
Solange Vorrat jede Bluse **9⁷⁵**

Posten Engl. Paletots
aus den neuesten uni Stoffen
jeder Paletot 16,50 u. **9⁷⁵**

Posten Frauen-Paletots
in schwarz u. farbig Tuch
solange Vorrat **19⁵⁰**

Hochaparte
Damen-Kostüme **39⁰⁰**
in den neuesten Stoffen, Diagonal, Cheviot u. Tuch 68,00, 55,00,

Posten seidene Blusen Serie I **25⁵⁰** Serie II **14⁵⁰** Serie III **8⁵⁰**
in den neuesten Stoffen und
Farben

1 Posten weisse
Piqué-Anstands-Röcke
extra schwere Qualität **1⁹⁵**

1 Posten Damen-
Miederschürzen **95**
1,65 und

Posten
Küchentücher **28**
kar. u. gestr. Gerstenkorn

Posten weisse
Tee-Schürzen **78**
solange Vorrat

Kinderkleidchen, Kinderjäckchen, Capes und Knaben-Anzüge enorm billig ausgelegt.

Gebrüder Kaufmann

Bielefeld, gegenüber dem Leineweberbrunnen.

Billige Preise für den Oktober-Umzug

5309

Posten Rouleaux-Köper

80 bis 84 cm breit 100 cm breit 110 cm breit

Mtr. 33, 48, 63, Mtr. 80, Mtr. 90

Seidenglanz-Köper

84 cm breit 100 cm breit 130 cm breit

Mtr. 79, Mtr. 95, Mtr. 130

Brises-Bises

Engl. Tüll

Stück 18

Relief-Ware

Stück 48

Brises-Bises

Erbstüll

Stück 57

Erbstüll

Stück 78

Linoleum-Teppiche

Linoleum-Teppich	150:200	750
Linoleum-Teppich	200:250	1175
Linoleum-Teppich	200:300	1575
Linol-Mettled-Teppich	200:300	1950
Inlaid-Teppich	200:250	1750
Inlaid-Teppich	200:300	2100

Linoleum-Läuferstoffe

Linoleumläufer, 67 cm breit	110 95
Linoleumläufer, 90 cm breit	145

Linoleum-Vorlagen

Linoleum-Vorlage	50:90	69
Linoleum-Vorlage	70:90	98
Linol-Mettled-Vorlage	70:90	175
Linol-Mettled-Vorlage	70:115	235

Linoleum-Stückware

Linoleum bedruckt, □ Meter	145
Linoleum bedruckt, □ Meter	175
Linoleum, Medium C, uni, braun, □ Meter	200

Zug-Einrichtungen.

komplett 110 78, 68
Galerie-Leisten
Rosetten — Quasten.

Messing-Waren.

Messing-Garnituren,
Scheiben-Gardinenstangen
Treppenstangen, Oesen,
sowie sämtliche
Zubehörteile.

600 Fenster Gardinen, abgepasst, engl. Tüll, Reliefware, Twist und Kreuztüll

Serie I Fenster 2 Flügel	290	Serie II Fenster 2 Flügel	457	Serie III Fenster 2 Flügel	690
Serie IV Fenster 2 Flügel	875	Serie V Fenster 2 Flügel	1150		

3000 Meter Gardinen am Stück

breite Ware, beste deutsche Fabrikate

Serie I Meter	48	Serie II Meter	72	Serie III Meter	100	Serie IV Meter	125
------------------	----	-------------------	----	--------------------	-----	-------------------	-----

Allovernets, Stückware

ca. 140 cm breit, moderne aparte Muster

Meter	135	Meter	175	Meter	225	Meter	275
-------	-----	-------	-----	-------	-----	-------	-----

Köper-Zug-Gardinen

mit Band-Spachtel-Arbeit

Serie I Fenster 2 Flügel	150	Serie II Fenster 2 Flügel	195	Serie III Fenster 2 Flügel	325	Serie IV Fenster 2 Flügel	390
--------------------------------	-----	---------------------------------	-----	----------------------------------	-----	---------------------------------	-----

1500 Meter Köper-Blenden

Meter	25	Meter	50	Meter	68	Meter	95
-------	----	-------	----	-------	----	-------	----

1000 Meter Erbstüll-Blenden

Meter	48	Meter	68	Meter	88	Meter	95
-------	----	-------	----	-------	----	-------	----

Filztuch- und Tuch-Borden

Meter	48	Meter	65	Meter	100	Meter	150
-------	----	-------	----	-------	-----	-------	-----

Einzelne Dekorationen

2 Shawls und 1 Lambrequin

komplette Garnitur	komplette Garnitur	komplette Garnitur
675	950	1250

Filztuch-Tischdecken

145	195	350	490	675
-----	-----	-----	-----	-----

Plüsch-Tischdecken

690	975	1275
-----	-----	------

Band-Halbstores

Store 475	Store 690	Einzelne Halbstores sehr preiswert!
-----------	-----------	--

Scheiben-Gardinen-Stoffe

Serie I Mtr.	28	Serie II Mtr.	48	Serie III Mtr.	68
-----------------	----	------------------	----	-------------------	----

Posten Kongress-Stoffe

bunt glatt, ca. 110 cm gestr., ca. 110 cm

Mtr. 20, 30, Mtr. 48, 75, Mtr. 68, 87

Bett-Decken engl. Tüll

1 bettig Stück	165	2 bettig Stück	390
-------------------	-----	-------------------	-----

Waffel-Bett-Decken

mit Fransen Stück	165	gebogt Stück	350	gebogt Stück	490
----------------------	-----	-----------------	-----	-----------------	-----

Teppiche

Grösse ca. 130:200 160:240 200:300

Axminster I	975	1575	1975
Axminster Extra	1275	1925	2975
Tapestry Prima	1650	2500	3750
Velour Prima	1950	3750	4900
Haargarn	1750	2500	3600
Bouclé	2500	3900	5400

Läuferstoffe

Jute- u. Woll-Läuferstoffe	130, 75, 48
Tapestry, Bouclé, Velour	300, 210, 175

Bettvorlagen

Imit. Perser	135	98	48
Axminster	215	165	125
Plüsch	675	450	320
Bouclé	750	490	390

Twisted-Teppiche

Chines. Strohgeflecht	590	360
Chines. Kordelgeflecht	1075	950
Twisted-Matten	165	80

Sehenswerte Auswahl

für bessere

Wohnungs-Einrichtungen in
Gardinen, Portieren,
Künstler-Dekorationen,
Tisch- und Divandecken.

Zur Uebernahme
sämtlicher Dekorationen steht
unser Dekorateur zur Verfügung.

Garantie für tadellose
Arbeit!

S. Alsberg & Co.
Bielefeld i. W.

Nr. 228

Aus der G

wird nun auch in Q
die geltend im „Kong
Ergebnis verlaufen.
schaftsgebiet intereffi
zählig vertreten war
Bierpreisserhöhung
mühten, um das Br
Umsonst wiesen bi
darauf hin, daß durch
der Verbrauch in ein
und daß dadurch der
stehen müsse. Die
Bolltarif vom 1. Mä
Braustoffe und Zutte
wurden prompt zuri
vom 13. Dezember
Erhöhung der Bolltar

Aber auch diese F
schienen mit den vor
keinen Preis eine B
die von ihnen belie
der etwa einstündigen
anwesenden Vertreter
statten und anheim g
Frage einzutreten, da
mühten. Als Antw
Korrespondenten erklär
Meinung der Brauer
Brauereien selbst mi
dem Aufschlag nicht
Mitteilungen der B
Verhandlungen und
Konsequenzen daraus

Die Bemühungen
ein Entgegenkommen
keinen Erfolg. Die S
haben.

Morgen, Freitag,
forderlichen Maßnah
beiter-Vereine im Re
richten an die Vorstä
Nadjahr- und ander
pünktlich 1/2 Uhr ab
der nächsten Woche i
Kommission Bericht

Bis dahin richteten
Erfragen, die Entschlie
Der betreffende Passu

Um der ungerechti
gegen zu können, em
st. borerst des Bierg
in diesen Wirtschaften
die Preis beibeh
weiter! Galtet
da, auch nicht na

England un

Reife-P

Schottisch
Da ist Jndern
lands, an der Ginn
Nordsee gelegen, eine
das „rotenrote“ Jnber
Der rötliche Granit,
rechtfertigt den Nam
nehmen warmen Hau
bewaldeter Hügel, der
ist, daß er vom Gra
mag sich dort bestat
Napellen mag es me
alle in den Himmel f

Und überall annu
inneren Stadt, ist hie
Cottage - System (Sp
wird nur von einer
zwei ganz gleiche Häu
ander gebaut, so daß f
doch hat jedes seine
castle“ (mein Haus
Necht von sich fagen.
gelegten Fällen darj
Das untere Stock enth
Zimmer, meist mit
Räume. Das obere C
ordnet. So ist ein
Sitten des Landes; h
Miestaternen wie i
städten, sind in Enala
beiter bewohnt, nam
Häuschen, für das er
Orte, vier bis acht S
so erhöht sich die Men
London, Liverpool, W
die Industriezentren
Straßen hin, in bene
zeit aneinanderreihen.
so eintönig, weil sie
sind und inmitten for
Anfällig zahlreich
in denen eigentlich lei
den. Doch nimmt m
Ruhe des Ben Newis
Großbritannien, in

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 228.

Bielefeld, Donnerstag, 30. September 1909.

20. Jahrg.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 30. September.

Der Bierkrieg

wird nun auch in Bielefeld eine Verschärfung erfahren. Auch die gestern im „Konzerthaus“ erfolgten Verhandlungen sind ohne Ergebnis verlaufen. Die Vertreter der im Bielefelder Wirtschaftsgebiet interessierten Brauereien, die diesmal fast vollständig vertreten waren, gaben die Erklärung ab, daß sie an der Bierpreissteigerung von 4 Mark pro Hektoliter festhalten müßten, um das Brauereigewerbe wieder rentabel zu gestalten. Umsonst wiesen die Kommissionsvertreter der Konsumenten darauf hin, daß durch den unverantwortlich hohen Preisaufschlag der Verbrauch in einer Weise zurückgehen würde, wie nie zuvor, und daß dadurch den Brauereien die größere Schädigung entstehen müsse. Die Einwände der Brauereien, die durch den Zolltarif vom 1. März 1906 eingetretene Preissteigerungen für Brauereierzeugnisse und Futtermittel nötigten sie zu den Preisaufschlägen, wurden prompt zurückgewiesen mit der Andeutung, daß schon vom 13. Dezember 1902 den Brauereien bekannt war, welche Erhöhung der Zolltarif für ihr Gewerbe bringen würde.

Aber auch diese Feststellungen fruchteten nichts. Die Herren schienen mit den vorgelegten Entschlüssen gekommen zu sein, um keinen Preis eine Verständigung einzugehen und dem Publikum die von ihnen beliebte Erhöhung aufzuzwingen. Das Resultat der etwa einstündigen Beratung bildete die Erklärung, daß die anwesenden Vertreter zwar der Brauereierhöhung Bericht erstatten und anheim geben wollten, in eine erneute Prüfung der Frage einzutreten, daß sie selbst aber an dem Aufschlag festhalten müßten. Als Antwort ließen die Kommissionsvertreter der Konsumenten erklären, daß sie kein Interesse daran hätten, die Meinung der Brauereierhöhung kennen zu lernen, wenn die Brauereien selbst mit aller Deutlichkeit erklärten, daß sie von dem Aufschlag nicht zurücktreten würden. Man betrachte die Mitteilungen der Brauereierhöhung als die Aufkündigung der Verhandlungen und werde auf der Seite der Konsumenten die Konsequenzen daraus ziehen.

Die Bemühungen einiger Herren vom Birteverein, doch noch ein Entgegenkommen der Birte zu erzielen, hatten ebenfalls keinen Erfolg. Die Herren wollen den Kampf, — sie sollen ihn haben.

Morgen, Freitag, soll zur Besprechung der zur Abwehr erforderlichen Maßnahmen eine Sitzung der Vorstände aller Arbeiter-Vereine im Restaurant „Stadt Bielefeld“ stattfinden. Wir richten an die Vorstände aller Gewerkschaften, Gefangenen-, Turn-, Radfahr- und anderer Vereine das Ersuchen, vollständig und pünktlich (1/2 Uhr abends) zu erscheinen. Für die ersten Tage der nächsten Woche ist eine Versammlung geplant, in der die Kommission Bericht über ihre Tätigkeit erstatten wird.

Bis dahin richten wir an alle Konsumenten das dringende Ersuchen, die Entschließung vom 3. September streng zu befolgen. Der betreffende Passus lautet:

„Um der ungerechtfertigten Erhöhung der Preise wirksam begegnen zu können, empfiehlt die Versammlung den Konsumenten, sich vorerst des Biergenusses gänzlich zu enthalten oder höchstens in solchen Wirtschaften zu verkehren, in denen das alte Maß und alte Preis beibehalten ist.“

weiter! Halte Disziplin! Zeigt den Brauereigewaltigen, daß auch nicht nach Belieben schreien laßt!

England und englische Verhältnisse.

Reise-Blaudereien von Ad. Th.

VII.

Schottische Stadt- und Landschaftsbilder.

Da ist Inverness, die Hauptstadt des schottischen Hochlands, an der Einmündung des fabelhaften Kanals in die Nordsee gelegen, eine alte Stadt mit über 20.000 Einwohnern, das „rosenrote“ Inverness, wie es im Volksmunde genannt wird. Der rötliche Granit, aus dem die meisten Häuser erbaut sind, rechtfertigt den Namen und gibt dem Stadtbild einen angenehmen warmen Hauch. Drüber über dem Fluß erhebt sich ein bewaldeter Hügel, der als Kirchhof dient. Wenn daran gelegen ist, daß er vom Grabe aus einen hübschen Rundblick genießt, mag sich dort bestatten lassen. Nicht genug ist das. Kirchen und Kapellen mag es mehr als zwei Duzend geben. Wenn hier nicht alle in den Himmel kommen, sind sie selbst schuld daran.

Und überall anmutige Blumengärten! Abgesehen von der inneren Stadt, ist hier wie in fast allen englischen Städten das Cottage-System (spr.: Kottibich) durchgekehrt. Jedes Haus wird nur von einer Familie bewohnt. Häufig sind allerdings zwei ganz gleiche Häuser mit den inneren Giebelwänden aneinander gebaut, so daß sie zusammen ein Haus zu bilden scheinen; doch hat jedes seinen besonderen Eingang. „My house is my castle“ (mein Haus ist meine Burg) kann der Engländer mit Recht von sich sagen. Nur in ganz wenigen, geistlich genau festgelegten Fällen darf selbst die Polizei nur das Haus betreten. Das untere Stock enthält neben dem Fluß nach vorn nur noch ein Zimmer, meist mit vorzüglichem Erker, nach hinten zwei Räume. Das obere Stock mit einer Manjarda ist ähnlich angeordnet. So ist es wie das andere gebaut, im Norden wie im Süden des Landes; selten hört man auf kleine Abweichungen. Reisekatalogen wie in den deutschen oder österreichischen Reisebüchern, sind in England fast nirgends zu finden. Auch der Arbeiter bewohnt, namentlich in den Landstädten, sein eigenes Häuschen, für das er wöchentlich, je nach der Lage und dem Orte, vier bis acht Schilling Miete zahlt. Ist ein Garten dabei, so erhöht sich die Miete. Auch in den äußeren Stadtteilen von London, Liverpool, Manchester, Glasgow, Birmingham und wie die Industriestädte alle heißen, dehnen sich kilometerlang die Straßen hin, in denen die Cottages sich in endloser Einformigkeit aneinanderreihen. In Inverness würden die Cottages nicht so eintönig, weil sie meist von blühendem Gerani umwuchert sind und inmitten sorgfältig gepflegter Gärten sich erheben.

Auffällig zahlreich sind in Schottland die Temperance-Hotels, in denen eigentlich keine alkoholischen Getränke verabreicht werden. Doch nimmt man's nicht so genau damit. Als wir am Fuße des Ben Nevis, des höchsten Berges (1350 Meter) von Großbritannien, in einem Temperance-Hotel übernachteten,

— Tarifbewegung der Buchbinder. Am Freitag abend findet im Lokale des Herrn Indestel, Bürgerweg, eine große öffentliche Versammlung der Buchbinder und verw. Berufskollegen und Kolleginnen statt, um den Bericht der Tarifkommission über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit der Zinnung und den einzelnen der Zinnung nicht angehörenden Firmen entgegenzunehmen.

— Freie Volkshöhe. Die Bezirkskassierer können am Freitag ihre Beitragslisten nebst Marken in Empfang nehmen. Nächste Vorstellung am 17. Oktober.

Auf die heutige Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Stadt Bielefeld“ sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht.

— Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute findet eine Wiederholung der Aufführung des vaterländischen Dramas „Die Hermannsschlacht“ von Heinrich von Kleist statt. Morgen (Freitag) wird die Operette „Ein Walzertraum“, die am letzten Sonntag und Montag ihre Hingabe glänzend bewiesen hat, zum dritten Male gegeben. Die Premiere der Schauspiel-Revue „Revolutionshochzeit“ ist am kommenden Montag.

Wochen-Spielplan des Stadttheaters.

Sonntag, 3. Oktober. Zum 2. Male. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr. „Der Eigenerbar“. Große Operette in drei Akten nach einer Erzählung M. Zolas von J. Schnizer. Musik von Johann Strauß.

Montag, 4. Oktober. Zum 1. Male. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr. „Revolutionshochzeit“. Schauspiel in 3 Aufzügen von Sophus Michaëlis.

Dienstag, 5. Oktober. Zum 1. Male. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. „Diener Blau“. Operette in 3 Akten von Victor Léon und Leo Stein. Musik von Johann Strauß. Für die Bühne bearbeitet von Adolf Müller jr.

Mittwoch, 6. Oktober. Außer Abonnement. Zum 4. Male. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. „Ein Walzertraum“. Operette in 3 Akten von Felix Dornemann und Leopold Jacobson mit freier Benutzung einer Novelle aus Hans Müllers „Buch der Abenteuer“. Musik von Oscar Strauß.

Donnerstag, 7. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. „Der Biberpelz“. Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.

Sonntag, 9. Oktober. Klassiker-Vorstellung zu kleinen Preisen. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr. „Samuel, Prinz von Dänemark“. Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

— Werkzeugmaschinenfabrik Gilmeyer & Co., Akt.-Ges., Bielefeld. Die der „General-Anzeiger“ meldet, gelangte in der Aufsichtsrats-Sitzung vom Mittwoch der Abchluss der 30. Juni 1909 zur Vorlage. Er weist nach 74.434,86 Mark Abschreibungen (71.874,99 Mark im Vorjahre), einen Reingewinn von 100.249,44 Mark (121.550,63 Mark im Vorjahre) auf, und es wurde beschlossen, der auf den 23. Oktober d. r. anzuberaumenden General-Versammlung die Ausschüttung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen und 4423,56 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Dieses Resultat ist, trotzdem die Verkaufspreise weiter wesentlich geworden sind, durch die eingeführte rationellere Fabrikation erzielt worden.

— Polizeibericht. Gefindedienst- und Arbeitsbücher. Es kommt in Bielefeld noch verschiedentlich vor, daß Gefindedienstbücher fehlen. Auch kleine Unternehmer, Handwerker, Schneiderinnen, Weidenbinderinnen beschäftigen ab und zu noch minderjährige ohne Arbeitsbücher. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in den nächsten Tagen eine entsprechende polizeiliche Revision stattfindet.

Gefunden: 1 Herrenuhr mit Kette, 1 Herrenfahrrad. Verloren: 1 auf dem Wege zum Johannisberg ein Portemonnaie mit 150 Mark Inhalt, 1 braune Kinder-Untertasse auf dem Wege von der Aisen- bis zur Trödelstraße.

Entlaufen: 1 deutscher Schäferhund. Festgenommen wurde 1 Person wegen Obdachlosigkeit, 1 Person wegen Betrugs und 1 Person wegen fahrlässiger Verletzung; 5 Obdachlose wurden im Polizei-Gefängnis untergebracht.

Kfg. — Wie steht es mit dem Haut-gut-Wildpret? Es gibt eine ganze Menge Feinschmecker, die behaupten, das Wildpret erreichte seinen höchsten Wohlgeschmack erst dann, wenn es Haut-gut wäre, d. h., wenn es anfangs in Verwesung überau-

gehen. Dagegen ist zu sagen, daß der Genuß von Wild mit Haut-gut-Geschmack unter allen Umständen für den Menschen untauglich und sogar höchst schädlich ist, denn es entwickeln sich in dem Fleische Stoffe, die das Leben gefährden können. Die Vorrichtung hat ergeben, daß aus dem faulen Fleische ein Extrakt gewonnen wird, der sehr giftig ist, tödlich wirkt und selbst durch das Kochen nicht unschädlich gemacht wird. Auf die Frage: Wo beginnt der Begriff des faulen Fleisches und dessen Schädlichkeit? ist zu antworten, daß das Fleisch dann faul ist, wenn die Zersetzung des Eiweißes begonnen hat und das Fleisch übel riecht. Man kann den üblen Geruch zwar durch Wasser unter Anwendung verschiedener Mittel, wie Natron, Salicyl oder Borfäure entfernen, wenn das Fleisch nicht schon zu alt geworden ist, doch berührt diese Behandlung nur das Äußere des Fleisches und bringt nicht in das Fleisch hinein. In neuerer Zeit wird übrigens Vorsicht als gesundheitschädlich bei Konservierung des Fleisches von Behörden verboten. Mag der Genuß von in Säure übergegangenem Fleische manchmal auch keine furchtbaren schädlichen Wirkungen äußern, für die menschliche Ernährung ist das Fleisch von wenig oder gar keinem Werte, da das reine Eiweiß in ihm nicht mehr erhalten, sondern in einen schädlichen Stoff umgewandelt worden ist. Diese Ansichten finden ihre Bestätigung in den Worten von Professor Fall-Marburg: Wenn auch die Wissenschaft von der Fleischsäure noch viele Lücken hat, so steht doch schon so viel fest, daß der Genuß von faulem Fleisch die Gesundheit schädigen kann. Es darf deshalb nicht im Handel gebudet werden. Die Polizei des Reichsmarktes hat das faule Fleisch ungeschädlich zu verurteilen. Der Einwand, daß das mit Haut-gut verriebene Wildpret dem Feinschmecker besonders zuträglich ist, ist bedeutungslos. Wer faules Fleisch für seine Küche braucht, der mag das angefaulte frische Fleisch so lange hinstellen, bis es den begehrten Geschmack angenommen hat. Die Verwesung eines solchen Fleisches ist Privatangelegenheit. Im Handel soll kein überfäulendes Fleisch gebudet werden.

Das Wahlrecht in den westfälischen Landgemeinden.

Ueber diesen Gegenstand bringen wir in der zweiten Beilage unserer heutigen Nummer eine ausführliche Abhandlung, deren Beachtung wir namentlich den Parteigenossen derjenigen Orte empfehlen, in denen zurzeit die Wählerlisten für die Gemeinderatswahlen offen liegen oder doch in den nächsten Tagen zur Auslegung kommen werden.

Bezirks-Parteitag

für das östliche Westfalen und die lipptischen Fürstentümer

am Sonntag, 10. Oktober 1909, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schröder in Brackwede

Provisorische Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Kassenbericht.
3. Bericht des Sekretärs.
4. Die Presse.
5. Das neue Organisationsstatut der Partei.
6. Stellungnahme zum Internationalen Kongress in Kopenhagen und Wahl der Delegierten.
7. Beratung und Beschlußfassung über diejenigen Anträge, die bei den vorhergehenden Punkten der Tagesordnung ihre Erledigung nicht gefunden haben.
8. Wahl des Komitees und des Ories des nächsten Bezirks-Parteitages.

Zusammenlegung des Bezirks-Parteitages.

§ 3. Der Bezirks-Parteitag wird gebildet aus den Delegierten der Kreisorganisationen, den Delegierten der Kreisleitungen, den Mitgliedern der Bezirksleitung, dem Parteisekretär, den Reichs- bzw. Landtagsabgeordneten des Bezirks und den Vertretern des Parteigeschäfts „Volkswacht“.

Die Kreisorganisationen tragen ihre Delegationskosten selbst. § 4. Das Parteigeschäft „Volkswacht“ muß auf dem Bezirks-Parteitage in der Weise vertreten sein, daß Vertreter der

Kleines Feuilleton.

k.k. Aus dem Liebesleben der Tiere betitelt sich ein bei der Frankfurter Verlagsbuchhandlung, Eutawg, von Dr. Ernst Schrader herausgegebenes Buch. Wir entnehmen den interessanten Ausführungen im Einverständnis mit der Verlagsbuchhandlung folgendes: Brunstzeit! Der Herbst ist im Umzug! Durchsichtiger ist die Atmosphäre als sonst. Die silbernen Häden des Altwinterkommers schweben durch die Luft oder wehen wie lange weiche Wimpel vom Top hoher Dämme, die dürr und gelb emporstehen über den fahlen Wiesengrund, wo ummummelte Büsche aus den pflanzlichen Farben der Herbstzeitlosen Spätkommerz letzte Süßigkeit schlürzen. — Und nun hebe den Blick zu den waldgepönnelten Gabeln der Berge, die das Tal seiner Wanderung amfassen! Dunkelgrün noch stehen die Nichten, erhaben über den Wechsel der Jahreszeiten; aber die Ahornbäume und Birken, die ihre Kronen am Saume des Forstes emporstrecken, und die flechtenbedeckten Stämme der Eberesche, die an den Seiten der Landstraße spalten, haben in brennendes Rot ihr gefiedertes Blätterwerk getaucht. Alle Nuancen der unendlichen Strahlenfolge von Purpur bis Orange hat die Natur auf ihrer Palette ausgebreitet und mit farbenhaftem Pinsel ein Gemälde geschaffen von überwältigender Wirkung. Wie oft hat diese farbenfrohe Buntzeit als das Tertium comparationis dienen müssen, das zu einem Vergleich der Herbstlandschaft mit der blumenfrohen Zeit des Lenzes einlud! Und wie verchieden er scheinen doch beide unierem Auge! Die Töne, die das knospende Werdenwollen des Frühlings gebiert, sind in ihrem Gesamteindruck so viel zarter, düstiger und dezentler als diejenigen des Herbstes, in welchen gleichsam das trüben Jandchen einer unerschütterlichen Wollust sich offenbart. Und wer auch mit dem Ohr die Natur zu genießen versteht, dem wird der Unterschied zwischen Mai und Oktober noch fühlbarer sein. Wohl klingt noch durch den Taun das trauliche „irr pink pink pink, irr pink pink pink“ des Buchfinkens, und die Tannenmeisen rufen einander ihr „titiitiiti, tititiiti“ zu; aber vorbei ist es mit den tanzenden Stimmen aus dem Gesträuch, und der Jubelchor von Sängern, der im Frühling seine Lieber durch den maiengrünen Wald schmetterte, ist verstummt. Doch auch die herbstliche Landschaft hat ihre besonderen Stimmen. Nicht meinen wir das freischwebende „Räb“, das der Eichelhäher ausstößt, wenn er umherfliegt, Eichen und Buchedern zu ertönen. Erst in den Stunden des Spätnachmittags und dann die ganze Nacht hindurch bis zum neuen Sonnenanfang hallen jene Laute, die den anderen Jahreszeiten fremd sind, weithin über Berg und Tal mit machtvoller Klangfülle — das

Sandelsgeellschaft, der Preßkommission, der Redaktion, der Expedition und der Geschäftsführer anzuweisen sind.

Die Kosten dieser Delegation hat das Parteigebäude zu tragen.

Wahlreglement.

§ 5. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag erfolgt nach diesem Reglement:

Alle Ortsgruppen der sozialdemokratischen Vereine im Agitationsbezirk können Delegierte zum Parteitag wählen, und zwar bis zu 50 Mitglieder 1 Delegierten, von 51 bis 100 Mitglieder den zweiten Delegierten, für jedes weitere Hundert die Kreisleitungen sind berechtigt, einen Vertreter zu entsenden.

Anträge, welche in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen, müssen bis zum 4. Oktober an Genossen Klingenhagen, Bielefeld, Marktstr. 8, eingekandt sein.

Bis zu demselben Termin müssen die Delegierten ihre genaue Adresse zwecks Zusendung des Jahresberichts usw. an Genossen Klingenhagen einreichen.

Die Bezirksleitung. J. A.: Adolf Bentz.

NB. Diejenigen Delegierten, welche Mittagessen (Preis 1.50 M.) wünschen, müssen sich bis zum 4. Oktober bei Genossen Klingenhagen melden; denselben wird eine Karte übermittelt. Nur diejenigen Delegierten erhalten Mittagessen, die im Besitz einer Karte sind.

Versammlungen.

Sonnabend, 2. Oktober.

Serford. Soz. Verein. 7. Bezirk bei Lüdning: Vortrag. Hartrup. Soz. Verein. Abends 9 Uhr im Vereinslokal. Hebe. Soz. Verein. Abends 8 1/2 Uhr bei A. Kipp.

* Stadtwahl, 30. Sept. Zur Kommunalwahl. Wie bei der vorigen Wahl, so werden auch diesmal wieder die wahlberechtigten Gemeindeglieder vom Amt per Postkarte davon benachrichtigt, daß ihr Name in der Wählerliste verzeichnet steht.

Diesem wahlberechtigten Personen also, die keine Mitteilung darüber erhalten, daß ihr Name in der Wählerliste verzeichnet steht, müssen persönlich ihre Eintragung in die Liste beantragen.

* Rietfeldt, 28. Sept. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und die Tabaksteuer lautete das Thema, über welches Gauleiter Schlüter heute abend hier auf der Treppe des Herrn Müller sprach. Darob große Aufregung im „Christlichen“ Lager, der Herr Röös, der am Sonnabend hier eine Versammlung abhielt, wies schon auf diese Versammlung hin und machte seine christlichen Schwestern, denen es hier noch eine große Menge gibt, im voraus mit all dem Teufelszeug, welches ihnen in jener Versammlung vorgelegt werden würde, bekannt. Allein die Angst ließ ihn nicht ruhen. Ist doch auch diese weltelene Gebirgsgegend so ziemlich der letzte Zufluchtsort, wo er sich jetzt wenigstens vor den bösen Mächten noch einigermaßen sicher fühlen konnte. Allein auch hier im allerchristlichsten Rietfeldt hat der freie Verband schon Wurzel geschlagen, und wenn nun gar noch die Propaganda in einer großen Versammlung hinzukommt, dann! nein, die Folgen waren gar nicht auszubedenken. Dem mußte vorgebeugt werden, und wahrlich in der richtigen Erwägung, daß er höchstens halb so viel wert ist wie unser Genosse Schlüter, holte er sich noch seinen Freund Oberhoffel, diesen jüngst im Ravensberger Land aufgetauchten christlichen Stern, der sonst im Ruhrgebiet geleuchtet hatte, zur Hilfe herbei, und beide waren in unserer Versammlung präsent an Ort und Stelle.

Schlüter selbst war verbunden, an seiner Stelle sprach Redakteur Hoffmann, der ganz ausführlich auf die Behandlung der Tabakarbeiter im deutschen Reich einging. Er erzählte, wie im Jahre 1879 zum ersten Male eine gewaltige Mehrbelastung des Tabaks eingetreten sei, nachdem Bismarck durch die Reichstagsauflösung von 1878 sich eine Zollmehrheit im Reichstag geschaffen und durch das Sozialistengesetz die Arbeiterkraft wehrlos gemacht habe. Infolge jener Mehrbelastung sei damals unglückseliges Elend über die Minden-Ravensberger Tabakarbeiter gekommen. Erst nach Jahren seien die Wunden, die damals geschlagen wurden, vernarbt. Heute hätten wir nun eine neue Mehrbelastung des Tabaks, der auch eine Reichstagsauflösung vorausgegangen sei. Die Reichstagswahlen hätten auch diesmal wieder eine bewilligungsfähige Mehrheit ergeben, und gerade müßte das Defizit von 500 Millionen Mark, welches infolge der Bewilligungen entstanden sei, werden. Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, welche fordere, daß diese Summe durch Verbrauchssteuern, d. h. eine Reichseinkommensteuer, Reichsvermögenssteuer oder Reichserbschaftsteuer aufgebracht werde. Die Regierung habe vorgeschlagen, 150 Millionen Mark durch eine Nachschußsteuer, die übrigen 350 Millionen durch indirekte Steuern aufzubringen. Die Konservativen haben aber rund abgelehnt, auch, nachdem die Regierung bis auf 55 Millionen bei der Erbschaftsteuer heruntergegangen sei. Redner schloß dann, daß den Konservativen in erster Linie, in zweiter dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung die Annahme der Tabaksteuer zu danken sei. Wenn man sich dann frage, was die Tabakarbeiter nimmern zur Abwehr tun müßten, so laute die Antwort, sie müßten sich organisieren, natürlich nicht in dem christlichen Verband, der gewerkschaftliches Anhängel teils des Zentrums, teils der christlich-sozialen Partei sei, sondern im freien Deutschen Tabakarbeiterverband, der in Wahrheit die Interessen der Arbeiter vertritt. Außerdem müßten die Tabakarbeiter den Gegenstand misshandeln helfen, der auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig beschlossen worden sei, Steuerverweigerung in Bezug auf den Branntwein. Während der Red des Zentrums und der Junker dem Volke die schwersten Lasten auferlegt habe, haben die ostfälischen Spiritusbrenner ihre Liebesgabe von 55 Millionen Mark in Sicherheit gebracht. Darauf ist die allein richtige Antwort, keinen Tropfen Brannt-

„Möhren“ des Edelbirsches. Dirschbrunn nennen wir die Zeit, wo der König unserer Wälder hochzeit hält und mit herausforderndem Brüllen den Gegner zum Kampfe lockt. Auf dem rauen Boden einer Lichtung hat er sich einen „Brunstplatz“ angelegt, mit den Klauen der Vorderbeine und mit den Augenprossen des Geweihs das Erdreich aufscharrt. Von Ende August bis tief in den Oktober hinein hält er hier mit Vorliebe sich auf; und dann ist sie vorüber, die Zeit höchster Leidenschaft. Gestillt ist die zuerst scheinbar unerfüllliche Begierde, Herr einer möglichst großen Schar von Weibchen zu sein — besonders kapitale Hirsche haben gelegentlich bis zwanzig Kühe —, und ausgetobt haben die hitzigen Gefechte der Liebeshüter. Die Erscheinung, daß das Liebesleben auf einen ganz bestimmten Abschnitt des Jahres von verhältnismäßig geringem Umfang beschränkt ist, daß also eine sogenannte „Brunstzeit“ oder „Brunstzeit“ sich ausgebildet hat, findet sich fast bei allen höheren Tieren, soweit sie nicht — wie viele Haustiere — dem direkten Einflüsse der Naturgewalten entzogen sind. Bei der Mehrzahl der Säugetiere, die unter einem Klima haufen, das periodischen Wechsel einer lebhaft begünstigten und einer lebensfeindlichen Jahreszeit zeigt, erscheint es notwendig, daß die Geburt der Nachkommenschaft zu einem Zeitpunkt stattfindet, an welchem die Nahrung einen hinreichend milden Charakter angenommen hat. Des weiteren wird es wünschenswert sein, daß auch das Pflanzenkleid der Erde, sowie das Tierleben bereits hinlänglich entfaltet ist, um dem Muttertier zur Vereitung der den Jungen zuzureichenden Milch die nötige Nahrung bieten zu können. Und wenn dann die heranwachsenden Säugetierkinder in ihrer Entwicklung so weit vorwärt gekommen sind, daß sie selbständig auf Nahrungserwerb ausgehen imstande sind, so muß auch dieser hochbedeutungsvolle Schritt innerhalb eines Jahresabschnittes unternommen werden, wo Wald und Flur noch nicht verödet und entvölkert daliegen. Und welche Periode des Jahres erfüllt in unseren gemäßigten Breiten die drei soeben aufgezählten Bedingungen wohl glänzender als der Frühling oder der Sommer! Dabei genießen die Tierbabys noch den weiteren Vorteil, daß ihnen bis zum Herbst eine ausreichende Spanne Zeit zur Verfügung steht, während der sie Widerstandskraft zur Genüge gewinnen können gegen den Angriff des eisigen Winters.

wein zu trinken. Dem müssen sich auch die Tabakarbeiter anschließen, welche sich noch nicht zur Sozialdemokratie rechnen.

In der Diskussion erhielt Herr Röös das Wort, der eine Stunde und 10 Minuten sprach, nicht etwa zur Sache, sondern er brachte den ganzen Inhalt seines alten, hinlänglich bekannten Zitatensacks vor. Neu war wohl nur, daß er der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften vorwarf, die Politik in die Reihen der Arbeiter getragen und dadurch ihre Zersplitterung herbeigeführt zu haben. Die christlichen Gewerkschaften trieben keine Politik! Und so etwas durfte Herr Röös seinen christlichen Leuten erzählen, ohne von ihnen ausgelacht zu werden! Hoffmann hatte Röös den Vorwurf gemacht, er gehöre noch immer dem Zentrum, das die Tabakarbeiter verraten habe, an, daraufhin behauptete Röös, er habe noch nie für das Zentrum agitiert und gehöre dem Zentrum überhaupt nicht an. Während also es allgemein als Pflicht aller Staatsbürger angesehen wird, sich politisch zu betätigen, dürfen die nach Röös gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht tun, um nicht Uneinigkeit in ihre Reihen zu tragen. Der Unfug liegt so klar auf der Hand, daß es fast unnötig ist, ein Wort darüber zu verlieren. Nur weil hier der Katholik Röös, der innerlich dem Zentrum anhängt, sich nicht öffentlich für seine bekannnten traut, stellt er dieses dreiste Anfeuern an die evangelischen Arbeiter. Wahrscheinlich eine starke Zumutung. Und diese evangelischen Arbeiter lassen sich das von dem Katholiken Röös gefallen. Die Sozialdemokratie erklärt ganz konsequent die Religion als Privatangelegenheit, in die Politik soll nach der Religion nicht hineingezogen, so wenig wie in die gewerkschaftliche Bewegung. Röös aber bringt die Religion in die Politik hinein, und da er nun einer mit der hier herrschenden unverträglichen Religion anhängt, so sucht er sich mit herabwürdigen Redensarten darum herumzubriden.

Um 5 Minuten vor 12 Uhr erklärte Herr Müller, die Versammlung müsse nun bald geschlossen werden. Als zu dieser Zeit Röös über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat zu sprechen begann, bedeutete ihm der Vorsitzende Röös, er solle zur Sache sprechen. Als er dies nicht tat, entpuppte er sich als Wort. Es war nun nur noch so viel Zeit, daß unser Genosse Hoffmann ein kurzes Schlusswort sprechen konnte. Dies veranlaßte Herrn Oberhoffel, der wahrheitsgemäß selbst auch noch eine Stunde lang reden wollte, die Unwesenden aufzufordern, mit ihm hinauszuweichen. Die Mehrzahl der Christlichen folgte ihm auch. Allein es blieben nicht nur eine ganze Anzahl in der Versammlung, sondern auch vor der Tür blieb eine Menge stehen und hörten sich die kurze Antwort Hoffmanns mit an. Die im Saal Gebliebenen äußerten denn auch ihren Unwillen über den Mißbrauch des gewährten Gastrechts seitens der Herren Röös und Oberhoffel.

Die Christlichen zogen zur Kapelle und die Herren Röös und Oberhoffel setzten dort ihre Reden fort. Sie müssen sich dennoch in gewaltiger Angst vor dem Verlust ihres christlichen Rietfeldt befinden, in dem sie bisher ungehindert ihr Wesen oder vielmehr Unwesen treiben konnten. Wir aber haben gar keinen Zweifel, daß unsere Idee sich jetzt auch hier Bahn brechen wird, nachdem sie einmal eingedrungen ist, und wir betrachten es als eine sehr gute Vorbedeutung, daß den letzten Ausführungen Hoffmanns, jeder Tabakarbeiter müsse sich dem vom sozialdemokratischen Parteitag beschlossenen Boykott des Branntweins rückhaltlos anschließen, allgemein und mit Begeisterung zugestimmt wurde.

* Blotho, 29. Sept. Zur Lage der Tabakarbeiter. Tagtäglich pilgern zurzeit arbeitslose Zigarrenarbeiter zum hiesigen Amt. Vorhanden auf die Staatsunterstützung bedingend und wohl oder übel macht man antiliderstisch gute Miene zum bösen Spiele. Mit der Anweisung auf dem Amt versehen, pilgern dann die Feiernben zu unserem städtischen Säckelmeister, der die Verhältnisse auskühlt. Ist es denn aber auch nicht eine Schande, erst durch famose Steuererlasse die Arbeiter brotlos zu machen, ihnen Unterstützung zu versprechen und sie dann vier bis fünf Wochen ohne jede Nachricht warten zu lassen? Wenn die Arbeiter nicht bewältigt werden kann, nehme man sich doch arbeitslose Tabakarbeiter zur Hilfe, die werden die Unterstützungsfürsorge mit großer Sachkenntnis erledigen.

* Blotho, 29. Sept. Nun, Bruder, nimm den Vettelstab, Soldat bist du gewest. Die jetzt entlassenen Reservisten, soweit sie dem Tabakarbeiterberuf angehören, machen recht betrübliche Gesichter. In früheren Jahren fanden die Reservisten womöglich sofort Arbeit, oder es waren doch nur einige Tage, dann machten die „Mehrer“ der „Reisende“ Platz. Das ist jetzt anders. Hier sind vom Militär Abgänger, die trotz aller Nachhilfe keine Arbeit erhalten können und die daher gezwungen sind, um Unterstützung nachzugehen, wobei es noch sehr fraglich ist, ob sie Anteil am 4-Millionenrucksack haben. Jedenfalls wird der Versuch gemacht werden müssen, Unterstützung für die abgemachten Vaterlandsverleider zu finden. Andere fanden zwar in ihrer früheren Arbeitsstelle wieder Beschäftigung, aber sofort bei Stillstand.

* Detmold, 29. Sept. Die Einfügung des Grundsteins in die Mauer des neuen Regierungsgeländes erfolgte vor einigen Tagen. Die Grundsteinlegung erfolgte in der üblichen Weise durch Anrede, Hammerhiebe und Sinnprüche. Der Grundstein ist in die Mauer an der Hermannstraße und dem Kaiser-Wilhelmplatz eingemauert. Es ist ein mächtiger Quaderstein, der in seiner Höhlung einen Bleibehälter birgt. In diesem befinden sich eine auf Pergament geschriebene Urkunde, enthaltend die Geschichte des Hauses, je ein Exemplar der in Detmold erscheinenden Zeitungen und die Baugeschichten.

* Detmold, 29. Sept. Der einzige Taschendieb, welcher in Detmold anlässlich der 1900-Jahrfeier auf frischer Tat ertappt wurde, fand heute vor dem künftlichen Schöffengericht. Er hatte seine Hand in die Hosentasche eines Herrn verkrallt und war gerade dabei, das Portemonnaie des Herrn aus der Tasche zu ziehen, als dieser die Manipulation bemerkte. Bei seiner Festnahme leugnete der Spitzbube das Verbrechen. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß man es mit einem professionellen Taschendieb zu tun hatte, der schon oft wegen Taschendiebstahls bestraft ist und zuletzt mit vier Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust bestraft war. Es ist der „Ladierer“ Brinker aus Köln, der die Feiern benutzen wollte, auf anderer Leute Kosten zu leben. Er bestritt auch heute noch den Diebstahl. Die Beweise waren aber derart, daß das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten erkannte. Ein Monat soll durch die Unteruchungshaft verbüßt sein.

Vom Streik in Schweden.

Die Verhandlungen in Stockholm sind nunmehr endgültig gescheitert. Die Gewerkschaftsvorstände haben die Bedingungen der Unternehmer als unannehmbar abgelehnt. Dazu trug nicht wenig die von den Vergleichsbeamten im Auftrag der Regierung entworfene Verhandlungsordnung für fünfjährige Konflikte bei, die ein Attentat auf die Selbständigkeit der Arbeiterorganisation bedeutet.

Diese Forderungen der Großindustriellen haben aber auch eine andere Bedeutung. Die Großindustriellen betrachten den jetzigen Zeitpunkt als für ihre Pläne äußerst günstig. Nachdem der Kampf nun bereits 2 Monate dauert, ist nämlich die kleine und mittlere Industrie bereits dermaßen in Mitleidenhaft gezogen, daß in aller nächster Zeit zahlreiche Konturte zu erwarten stehen. Aus dieser Tatsache hoffen die Großindustriellen besondere Extraprofite herauszuholen, weil dadurch der Konzentration des Kapitals in Schweden Vorstoß geleistet wird. Die schwedische Regierung steht in diesem Kampfe, den die Großindustriellen sowohl gegen die Arbeiter, als auch gegen die kleine und mittlere Industrie führen, hinter ihnen und stellt ihnen die ganze Staatsmacht zur Verfügung. Polizei und Justiz müssen das ihrige tun, um den Kampf der Arbeiter zu erschweren.

Die schwedischen Gewerkschaften sind entschlossen, mit aller Kraft, die die schwedischen Arbeiter entfalten können, den Kampf fortzuführen, und sie hoffen dabei, daß die ausländischen Brüder ihnen nach wie vor zur Seite stehen werden, um sie nach Möglichkeit vor dem Hunger zu schützen. In dieser Hoffnung dürften die schwedischen Arbeiter, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht getäuscht werden.

Parteinachrichten.

Die beleidigte Kolonialmacht. Wegen angeblicher Beleidigung des Schutztruppen-Oberkommandos und der Schutztruppe angeklagt, hatte sich Dienstag der Reichstagsabgeordnete Genosse Stolle vor dem Schöffengericht Bielefelds zu verantworten. Der Grund der Anklage bildete eine Rede Stollens in einer Reichstagswählerversammlung vom 30. Dezember 1906, in der er die Kolonialfanatiker behandelte und die Reden der Vertreter der einzelnen Parteien aus dem Reichstagsberichte im Zusammenhang vortrug. — Darin erblickte die Anklagebehörde eine absichtliche Beleidigung. Das Gericht gelangte jedoch zur Freisprechung, weil dem Genossen Stolle der Schutz des § 193 zuzubilligen sei, denn er habe als Reichstagsabgeordneter und Kandidat ein lebhaftes Interesse daran gehabt, die im Reichstage vorgebrachten Mißstände seinen Wählern klarzulegen.

In ihr neues Heim ist unser Stuttgarter Parteigänger, die „Schwäbische Tagwacht“, eingezogen. Die Nummer der „Schwäb. Tagw.“ vom Sonnabend war die letzte, die in den Redaktions- und Verlagsräumen des Hintergebäudes Furtwachsstraße 12 hergestellt wurde. Am Sonnabend fand der Umzug ins neue Gebäude Hauptstätterstraße 96 statt. Nur der Notationsdruck muß noch einige Tage im bisherigen Heim der „Tagwacht“ ausgeführt werden, da die Aufstellung der neuen großen Notationsmaschine im neuen Betrieb durch unvorhergesehene Verzögerungen in der Maschinenfabrik eine Verspätung erleidet.

a. k. Ein katholischer Sozialist. Die Appeal to Reason berichtet, ist der bisherige Herausgeber des Kansas Reader, einer der angesehensten katholischen Publikationen, zum Sozialismus übergetreten. Er erzählt selbst, daß er, wie die anderen katholischen Redakteure, früher den Sozialismus bekämpft habe, ohne ihn zu kennen. Als ihm die sozialistische Presse vorgestellt wurde, habe er abgelehnt, sie zu lesen, ja die Ansicht vertreten, sie dürfe von der Post nicht befördert werden. Dann fing er an, sie zu lesen, „um ihre Unsinnsigkeit klarlegen zu können“. Und dabei ging es ihm, wie es ehrliehen Leuten mit offenen Augen und offenem Herzen bei diesem Studium immer gehen wird. Er wird bemächtigt den Gang seiner Entwicklung in einer Nummer des A. t., die allen katholischen Priestern und womöglich auch den Laien zugestellt werden soll, eingehend darlegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Meisfall der Christlichen und Nationalen. In Erfurt haben die christlichen und nationalen Arbeitervereine unter Führung des christlichen Generalsekretärs Valtrusch für die Gewerkschaftswahlen das Proportionalwahlrecht verlangt. Der den Arbeiterwünschen gegenüber sonst sehr zugewandte Magistrat war in diesem Falle außerordentlich entgegenkommend, und das sozialisteneine Stadtparlament stimmte freudig dem Antrage des Magistrats auf Einführung des Proportionalwahlrechts zu. In diesem Jahre soll nun zum ersten Male nach dem Proportionalwahlrecht gewählt werden. Die Wählerlisten wurden fertiggestellt und aufgelegt, und dabei stellte es sich heraus, daß es sich die Christlichen und Nationalen recht leicht gemacht hatten. Als Ausweis für die Wahlberechtigung ist ein Nachweis über das Arbeitsverhältnis für jeden einzelnen oder der Wohnungs- oder Steueranweisung für momentanen Arbeitsloie nötig. Jedemfalls hat das ungewohnte Entgegenkommen der Stadtbehörden die Nationalen aller Richtungen sicher gemacht, denn sie machten es sich bequem; sie schrieben einfach ihre Mitgliederlisten ab und gaben deren Verzeichnis als ihre Wählerliste beim Magistrat ab. In entgegenkommender Weise nahmen die Beamten diese Listen in Empfang. Bei der öffentlichen Auslegung dieser Listen kamen nun unsere Genossen dahinter, in welcher Art die Namen der Wahlberechtigten eingetragen worden sind. Sie machten eine Eingabe an den Magistrat, die die Streichung der zu Unrecht in die Liste aufgenommenen Christlichen und Nationalen verlangte. Die Geschichte war zwar sehr fatal, der Magistrat konnte aber nicht umhin, dem Antrage stattzugeben, und so mußten etwa 200 Namen gestrichen werden. — Die Wahl für das Gewerkschaftsgericht in Erfurt findet vom 7. bis 9. Oktober statt.

In der Schuhfabrik von Kaufmann in Frankfurt-Oberre sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten.

Die Zigarrenfabrik C. Deten in Stettin, die eine Anzahl Zigaretten beist, will die in Passau befindliche Filiale gänzlich auflösen. Es ist den dort beschäftigten hundert — größtenteils unorganisierten — Arbeitern gekündigt worden.

In der Baugenfabrik Kasse & Sohn in Halle a. S. haben am Mittwoch sämtliche Sattler die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Arbeiter der Petroleumraffinerie vormals August Korf A. G. in Bremen sind am Montag wegen Lohnhöherungen in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Erhöhung der Löhne um 15 Prozent. Die Direktion lehnte jedoch eine Aufbesserung im Lohnverhältnis unter Hinweis auf die schlechte Geschäftslage ab, worauf seitens der Arbeiter die Einreichung der Kündigung erfolgte. Vor Ablauf der Kündigungsfrist ist von den Vertretern der Arbeiter alles versucht worden, auf dem Wege der Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Selbst der Vermittlungsversuch des Richters des Bremer Gewerkschaftsgerichts scheiterte an dem Starrsinn des Direktors. Nach Empfangnahme des Lohnes und der Papiere haben die Arbeiter den Arbeitsplatz einmütig verlassen. Zugang ist fernzuhalten.

Gerichtliches.

Ein mißlungener Hochverratsproch. Vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte sich am Mittwoch der anarchistische Redakteur Nech unter der Anklage des Hochverrats zu verantworten. Der Reichsanwalt beantragte 1 1/2 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Exil. Das Reichsgericht nahm aber nicht Hochverrat an, sondern Anreizung zu Gewalttätigkeiten und erkannte deshalb auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

Vermischtes.

Zusammenstoß von Schnellzug und Lastfuhrwerk. Köln. Auf dem Holzmarkt stieß gestern ein Schnellzug der Rheinpfalz mit einem Lastfuhrwerk zusammen, das mit Holz beladen war. Die Holzballen durchdröhren den ersten Wagen des Zuges. Fünf Personen wurden dabei erheblich verletzt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Frankfurt a. M., 29. Sept. In der Eisengießerei von D. S. Frießeln in Sachsenhausen ist heute morgen die Rette eines Aufzuges, an welchem schwere Eisenteile gehoben werden. Ein eiserner Träger stürzte herab und tötete den Anstreicher Geph, während dem Schlosser Post beide Beine zertrümmert wurden. Letzterer wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Schwerer Unfall. Am Neubau der Kaserne für das Eisenbahnpolizeiregiment stürzten gestern infolge Gerüstabsturzes drei Arbeiter ab. Der eine wurde schwer, die anderen leichter verletzt.

Verurteilter Raub im Eisenbahnwagen. Landsberg a. M., 29. Sept. Im Zug Berlin-Schwandau, der um 1 Uhr 16 Min. nachts in Landsberg a. M. eintrifft, wurde kurz vor Rasttr ein Raubfall von einem maskierten Verbrecher versucht. Er wollte während der Fahrt in ein Coupé 2. Klasse

einbringen, in dem ein Reisender, worauf er entkam.

Vor Gericht. In der hebräischen Morde aus Neubalderstern.

Cholera? In der Mee 136 erkrankte unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Hochzeitspaar. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Explosion in der Benzelstraße. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

Ein Fortschritt. In der Benzelstraße unter choleraverdächtige Symptome wurde.

... mit aller
... können. den Kampf
... inländischen Brüder
... um sie nach Mög-
... Hoffnung dürften
... in Frage kommt

en.

geblicher Beleidigung
Schutztruppe ange-
abgeordnete Genosse
s zu verantworten.
des Stalles in einer
ember 1906, in der
Neben der Vertreter
aggsberichte im Ju-
die Anklagebehörde
gelange jedoch zur
er Schutz des § 193
agsabgeordneter und
nabt, die im Reichs-
rn Marzulegen.

ter Parteiorgan, die
nummer der „Schwab-
den Redaktions- und
e 12 hergestellt wurde.
äude Hauptstättes-
noch einige Tage im
werden, da die Auf-
neuen Betrieb durch
sinnenfabrik eine Ver-

Appeal to Reason
tanjan Reader, einer
zum Sozialismus
wie die anderen
mus bekämpft habe,
che Presse sogeitell
Anstalt derbesten,
den. Dann fing er
erlegen zu können“.

Geuten mit offener
adium immer gegen
entwicklung in einer
stern und womöglich
ehend darlegen.

regung.

alen. In Erfurt
eitervereine unter
altruch für die
abschlüssen verlangt.
hr ausgeübte Ma-
h entgegenkommend,
amte freudig dem
des Proportional-
m ersten Male nach
en. Die Wähler-
dabei stellte es
d Nationalen recht
Wahlberechtigung ist
für jeden einzelnen
für momentan Ar-
elwohnte Entgegen-
er Michtungen sicher
ie schrieben einfach
Verzeichnis als ihr
entnommen. Reise
g. Bei der öffent-
nere Genossen da-
überrechten einge-
gabe an den Ma-
in die Liste aufge-
rlange. Die Ge-
fonnte aber nicht
mukten etwa 200
das Gewerbergericht

Frankfurt-Oberre-
reten.

n, die eine Anzahl
bildliche Filiale gän-
hundert — größten-
worden.

alle a. S. haben am
ergelegt. Zugang ist

ormals August Korf
Lohnhöhen in der
Erhöhung der Löhne
eine Aufbesserung
schlechte Geschäfts-
reichung der Rün-
gskrist ist von den
en, auf dem Wege
einführen. Selbst
Bremer Gewerbe-
Direktors. Nach
haben die Arbeiter
ist fernzuhalten.

dem Reichsgericht
schiffliche Redakteur
verantworten. Der
und 5 Jahre Ehr-
hochverrat an, ion-
kannte deshalb auf

fahrtwerk. R 51 n,
stellung der Rhein-
das mit Holz be-
ersten Wagen des
sch verleiht.

furt a. M., 29.
selohn in Sachsen-
fanges, an welchem
ner Träger stürzte
rend dem Schlosser
er wurde schwer

erne für das Eisen-
stüßelbruch drei
anderen leichter

einbringen, in dem sich ein Offizier befand. Dieser zog die
Kollaterale, worauf der Verbrecher abprang und in der Dunkel-
heit entkam.

Vor Gericht vom Schläge getroffen. Magdeburg, 29.
Sept. In der heutigen Schwurgerichtssitzung gegen den des
versuchten Mordes bezichtigten Fabrikarbeiter Karl Holzheuer
aus Neuhausleben fiel der Angeklagte plötzlich um und ver-
starb.

Cholera? Berlin, 29. Sept. Im Hause Frankfurter
Allee 196 erkrankte heute vormittag der Fabrikarbeiter Bessel
unter choleraverdächtigen Erscheinungen. Vom Verband für
erste Hilfe wurde der Kranke nach der Charité gebracht.

Typhus. Idar, 29. Sept. Bis jetzt sind aus der preussischen
Bürgermeisterei Koppel 6 Typhuskranken zur Beobachtung in das
hiesige Krankenhaus aufgenommen worden.

Eine Hochzeitsgesellschaft verunglückt. München, 29. Sept.
In Kurh (Niederbayern) stürzte eine bei einer Kauferei zu-
sammengekommene Hochzeitsgesellschaft infolge Geländerschlages von der
Veranda in den Hofraum. 14 Gäste wurden leichter, 4 tödlich
verletzt.

Explosion in einer Benzolfabrik. Breslau, 29. Sept.
In der Benzolfabrik in Dittersbach bei Waldenburg gerieten
heute früh infolge einer Explosion 8 Naphthalinbehälter in
Brand. Ein Arbeiter und ein Arbeiter erlitten schwere Ver-
brennungen. Zahlreiche Feuerwehren trafen aus der Umgegend
ein und es gelang ihnen, eine Explosion des großen Benzol-
behälters zu verhindern. Bei den Rettungsarbeiten wurden
zwei Feuerwehrleute verletzt.

Ein Förster von Wilderern erschossen. Posen, 29. Sept.
Der 23 Jahre alte herzoglich anhaltische Revierförster Leander
aus Luchow bei Braunsdorf, der sich am Donnerstag voriger
Woche im Luchowsee auf die Jagd begeben hatte,
war seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Man stellte Nach-
forschungen an und es gelang mit Hilfe von zwei aus Posen
berbeigekommenen Jagdschützen die Leiche in einem Sumpfe auf-
zufinden. Leander ist zweifellos von einem oder mehreren Wild-
erern erschossen worden.

Von der Luftschiffahrt.
Berlin, 29. Sept. (Berliner Fliegerwoche 4. Tag.) Auch
heute wieder ließ sich der Sport des Tages recht mäßig an.
Nolun, Latham und Harman, die kurz nach 3 Uhr in einem
Zwischenraum von etwa 10 Minuten hielten, kamen zwar ab,
mussten aber schon nach 1—2 Stunden landen. Ein zweiter Ver-
such Nollens verlief noch kläglich; der Apparat landete nach
drei Stunden unwillkürlich und brach einen Flügel, ohne das
jedoß der Piloten Verletzungen davon trug. Bessa hat heute
wieder das Schicksal der letzten Tage und kommt schon nach
einem Fluge von einer halben Stunde zur Erde, ebenso mäßig
ein Aufstieg Lathams, der nach zwei Stunden seinen Abflug
faßt. Erst in späterer Nachmittagsstunde, gegen 4½ Uhr kommt
es zu bemerkenswerten Leistungen. Während Bessa ein über
das andere Mal versucht, zu starten, steigt Rougier um 4 Uhr
22 Min., mit seinem Zweifelder zur Bestreitung des Ent-
fernungs- und Schnellkeitspreises auf. Nachdem er einige
Runden, die ihm zur Auswahl standen, in verhältnismäßig
kurzer Zeit zurückgelegt hat, vermindert er seine Schnelligkeit
und umfliegt nun an das Ziel in etwa 3 Minuten die
Runde. Erst nach 31 Runden kommt er um 6 Uhr 5 Min. auf
das Ziel glücklich nieder. Nach seiner fünften Runde steigt auch
Latham um 5 Uhr 40 Min. zum dritten Male auf, um den

Schönpreis zu bestreiten und nun gelingt es auch Bessa, hoch-
zufliegen; man hat nun mehrere Runden lang das interessante
Schauspiel, drei Aeroplane gleichzeitig fliegen zu sehen. Bessa
landete schon nach zwei Runden ziemlich gefährlich, wobei der
Apparat beschädigt, der Führer aber unverletzt davonkommt. In-
zwischen fliegen seine beiden Konkurrenten in prächtigen Kurven
weiter. Latham etwas schneller als Rougier, der dann, wie
bereits erwähnt, um 6 Uhr 5 Min. landet, während Latham erst
nach seiner 27. Runde um 6 Uhr 27 Min. zur Erde geht. Ein
noch in später Stunde gemachter Versuch Lathams galt nur
als Probeflug und wurde nicht gerechnet.

Berlin, 29. Sept. Der französische Aviatiker Blériot
war für die Berliner Fliegerwoche auf fünf Tage engagiert, ist
aber bereits gestern nach Köln abgereist. Er sollte an ver-
schiedenen Preisflügen teilnehmen, entsprach aber dieser seiner
Verpflichtung nicht. Nach seinem ersten Fluge waren ihm von
der Gesellschaft 20 000 Mk. ausgezahlt worden, und er weigerte
sich, diesen Betrag zurückzuerstatten, weswegen sein Apparat
mit Beschlag belegt wurde. Der den Flieger bergende Schuppen
wurde geschlossen und ein Feuerwehmann zur Bewachung dort
aufgestellt. Bessane, ein Schüler Blériots, weigert sich nun
gleichfalls, an der Konkurrenz weiter teilzunehmen.

Frankfurt a. M., 29. Sept. Heute früh hat August Euler
wieder zwei Flüge absolviert; der eine dauerte 4 Min. 36 Sek.,
der andere etwa 3 Minuten.

Frankfurt a. M., 29. Sept. Der „Parsival“ ist heute
um 3½ Uhr zu einer Fahrt nach Wiesbaden aufgestiegen. Um
4½ Uhr trat er die Rückreise an und landete sehr glatt um
5 Uhr 25 Min. auf der „Isa“.

Newport, 29. Sept. Wilbour Wright unternahm heute
zwei Flüge. Beim letzten unternahm er die Freiheitstatue
sowie Ellis Island. Auch Courtney ist aufgestiegen.

Spa, 29. Sept. Die bisherigen Ergebnisse der Fliegerwoche
sind folgende: Für die Dauerfahrt: 1. Delagrange mit einem
Blériot-Eindecker in 38 Min. 8½, 2. Leblond (Blériot-
Eindecker) 26 Min. 17½, 3. Sommer (Kartmann-Doppeldecker)
25 Min. 45½, 4. Für die Fernfahrt wurde erster Leblond
mit 21 984 Meter, 2. Sommer mit 14 555 Meter, 3. Delagrange
mit 10 891 Meter. — Für die Schnelligkeit wurde bisher 1. Dela-
grange, welcher die Flugbahn von 1882 Meter Länge in 1 Min.
44½, 2. Sommer 1 Min. 48½, 3. Leblond
1 Min. 51½, 4. Sommer 1 Min. 52½, 5. Sommer 1 Min. 53½.
— Heute begannen die Versuche mit Drachen-
fliegern. Nach Beendigung der Fliegerwoche reisen Leblond
und Delagrange nach Deutschland und dann nach England.
Beide Aviatiker werden einen neuen Flugapparat zu bauen,
welcher den Namen Delagrange und einen Motor von Leblond
erhalten wird. Beide Aviatiker haben bereits mehrere Apparate
verkauft. — Latham ist bereits nach Paris abgereist. — Das
letzte Luftschiff „Gobiack“ ist heute hier eingetroffen und wird
wahrscheinlich am Sonnabend oder Sonntag mit seinen Auf-
stiegen beginnen können.

Lezte Nachrichten.
Dortmund, 30. Sept. Die ganze Familie des Gutbesizers
Subpaul in Rottum erkrankte nebst Gefinde nach dem Genuße
von Pflaumenmus, das in einem kupfernen Kessel gekocht war.
Subpaul ist bereits gestorben. Drei Personen liegen be-
sinnungslos daniieder und schwächen in Lebensgefahr.
Staffel, 30. Sept. Der Jagdpächter Ehringer aus Düsseldorf
hat gestern auf der Dühnerjagd drei Menschen, die mit der Kar-

toffelerte beschäftigt waren, angeschossen. Zwei drei wurden
durch Schrotlöcher schwer verletzt.

Berlin, 30. Sept. Drville Wright unternahm gestern auf
dem Bornstedter See bei Potsdam mit seinem Apparat einen
Flug und umkreiste in einer 10 Minuten währenden Fahrt
mehrfach das Bornstedter Feld, wobei er eine Geschwindigkeit
von 60 Kilometer erreichte. Nachdem die Landung glatt erfolgt
war, stieg Wright mit Kapitän Engelhardt zu einem zweiten
Fluge auf, der eine halbe Stunde dauerte. Drville Wright be-
wegte sich beim zweiten Fluge in einer Höhe von vier Metern,
beim ersten erreichte er eine solche von 8 Metern.

Wien, 30. Sept. Die Meldung über ein mißglücktes Militär-
komplot in Montenegro, die hier anfangs ungläubig aufge-
nommen wurde, ist nun durch Informationen, die aus zuver-
lässiger Quelle eingetroffen sind, bestätigt. Danach dürfte die
Verschwöreraffäre, in die bereits mehrere Offiziere verwickelt
sind, einen großen Umfang annehmen. Es wird berichtet,
daß unter den Verschwörern der Erbprinz Danilo sei, der die
Entthronung oder Entfernung des Fürsten anstrebe. Zahlreiche
Verhaftungen stehen noch bevor. Die Angelegenheit wirkt um so
peinlicher, als für das nächste Jahr große Festlichkeiten zur
Feier des Regierungsjubiläums geplant sind, bei denen an-
geblüh auch die Ausrichtung zum König erfolgen soll.

London, 30. Sept. Schwere Regengüsse haben im ganzen
Süden der Grafschaft Warwick gefährliche Überschwemmungen
verursacht. Weite Gebiete sind unter Wasser gesetzt und die
Ernte schwer beschädigt. Die Häuser in den tiefer gelegenen Ge-
bieten sind überflutet. Die Flüsse steigen noch weiter. In Wales
sind mehrere Personen umgekommen. Hunderte von Menschen
sind obdachlos.

Newport, 30. Sept. Die Ventballons der Luftschiffer Kapitän
Baldwin und Tomlinson stiegen gestern zu einer Fahrt von
Newport nach Albany auf, für die von der „Newport World“ ein
Preis von 10 000 Doll. ausgesetzt war. Kapitän Baldwin hatte
dabei das Recht, mit seinem Ballon 5 Meilen von der Stadt in
den Subsonflus zu fliegen. Der Luftschiffer wurde von einer
Nacht aufgefüllt und blieb unversehrt, während der Ballon infolge
Motordefektes mandrierunfähig geworden ist. Tomlinson ist
auch nicht aus Ziel gekommen. Er mußte vorzeitig landen, da
sein Motor ebenfalls schadhast geworden war.

Briefkasten der Redaktion.
Fr. W. Zunächst wollen Sie uns mitteilen, was es mit der
Sonntagsarbeit für eine Verbindung hat und ob und welche
Forderungen gestellt wurden.

Ren! Gehen Sie uns Ihre genaue Adresse an, wir geben
dann brieflich Auskunft und senden Ihnen ein Austrittsformu-
lar zu.

Briefkasten der Expedition.
Achtung, Filialexpedienten! Von folgenden Filialen haben
wir bis heute keine Nachricht erhalten, wie viel Zeitungen für
September gebraucht werden: Böhne (Hf.), Böhne (Hf.).
Wir machen darauf aufmerksam, daß wir nicht eher Zeitungen
überweisen, bis wir die Bestellung vom Expedienten bekommen
haben.

180. St. Duernheim. Sie bekommen pro Exemplar 15 Pf.
Die Zeitungen müssen Sie sich dann vom 1. Oktober ab von der
Post holen.

KLEINE KIOS -CIGARETTE
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Kleine Anzeigen-Ges.
Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der
ersten Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben
werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Zigarren kauft man billig in guten Qualitäten in der Fabrikniederlage Klosterplatz 5, Ede Hagenbrunnstr. Vertreter Paul Jesemer. 4958	Verlobte 5190 finden die allergrößte Auswahl in Küchen, Schlafzimmern und Wohn- zimmern allerneuester Modelle im Möbelhaus von F. Mertens, Zahn- platz. Eigene Tischler-, Maler- und Polsterwerkstätten. Befichtigung ohne Kaufzwang. Lieferung frei. Preise konturrenzlos billig.	Krawatten , 4737 Sandwiches, Wäsche, fests das Neueste. Georg Meier, Herforderstraße 12.	Tapeten unter Fabrikpreis, hat 15 bis 200 f jezt 6 bis 70 f Klebfeste Tapeten bodenfarbe Pfund 35 f Dauerhafte Lackfarbe Pfund 55 f Tapetenhaus Hindenberg, Kaiserstraße, Ede Allee- straße. 5314	Kochherde , eine große Partie, weiß emailliert, gut gearbeitet, sollen wegen Platz- mangel preisbillig verkauft werden. Wolff Heine, Ritterstr. 57. 5318	Begen Aufgabe des Möbelgeschäfts gebe alle Arten Möbel- und Polsterwaren preisbillig ab. Günstige Gelegenheit für Brant- leute. Noch großes Lager in Schränken, Bettstellen, Tischen, Stühlen, Divans. Auch gebrauchte Möbel am Lager, ferner großes Doppelpult für 4 Personen, Treten und Regale. Möbelhaus Brunnen- straße 12a. 4232	Schirm-Reparaturen und Neubeziehen in unserer Fabrik äußerst billig. Gebr. Meyerfeld, Detailverkauf Niederrstr. 18. 4917	Wö 5269 lasse ich mein Sofa und Matratze gut und billig anfertigen oder umarbeiten, bei E. Hoffendahl, Piggensstraße 12.	Stubensfen , drei, wegen Wegzug billig zu ver- kaufen. Wiesenstraße 1, 2. Etage, Eingang Kaiserstraße. 5316	Neutruten taufen Unterhosen, Unterjacken, Hosen, Festrücken, Trenchcoats, blaue Schürzen fests am billigsten bei Heinr. Weimble, Bradwede, Binde, Duernheim. 4936
--	---	---	--	---	---	--	--	---	---

Zurückgekehrt.
Wohne jetzt Markstr. 26 p.
Privatwohnung: Nebenhaus
Turnerstr. 35.
Dr. H. Weil,
pr. Arzt. — Tel. 446.
Sprechstunden: 5286
8—10 vorm., 1½—3½ nachm.

Rechnungs-Formulare
liefert in sauberer Ausführung
prompt und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Joh. Simon Wilmann
H. Wilmann
Wohnung
für die Familie
Eggt 10 177

Neutrutenkoffer und gut gearbeitete Militärkoffer enorm billig bei Hermann Schulze, Obernstraße 38. 5317	Matratzen. Die allerneuesten verbesserten Stahl- feder-Matratzen mit 20jähriger Ga- rantie sehr billig in der Fabrik von F. Mertens, Zahnplatz. Alle Ma- tratten werden umgearbeitet. 5192	Speisekartoffeln! Empfehle schöne rote Heibelberger, weiße Heibelberger, Industrie, Zusi- Mäuse, sehr mehlige Magnum bonum und dicke weiße Prof. Märker zum billigsten Preise. Bernh. Besting, Burgstraße, Telefon 1241. 5305	Futterkartoffeln, Ware gesund und hell, Preis billig. Liefer frei ins Haus, Seilmeier, Deimoldstr. 69. 5304	Ziege zu kaufen gesucht. Wilmann, Keller- weg Nr. 105 f. 5325	Sofa. Dabe ein gut erhaltenes Büschlofa billig abzugeben. Wellmann, Rot- pfortenstr. 8. 5285	Billig zu verkaufen: 2 Gaslampen, 1 zwei- armige Gaslampe, 1 Weiler-Wilfson- Nähmaschine. Kaiserstr. 1. 5305	Herford. Empfehlen den Parte- und Ge- werkschaftskollegen Gb- und Futter- kartoffeln zu billigen Tagespreisen. Franko Haus. Befellungen nehmen entgegen Gustav Fuhrmann, S. Eiserbrod, Oberbehrstr. 622. 5320	Laufjunge , 5302 16 bis 18 Jahre alt, sofort gesucht. Wäscherei „Edelweiß“, Flachsstraße.	Wohnungen , mehrere, zu vermieten. Zu erfahren bei Lohmann, Nollstr. 23. 5251	Belohnt wird derjenige, der mir nachweist, wo mein schwarzgrauer Kneipshirn (Bastard), mit rohbraunen Beinen und Abzeichen am Kopfe, Stummel- schwanz, festgehalten wird. Riep. Rübenstraße 60 a. 5318
--	--	--	---	--	--	--	--	--	--	---

Die
Eröffnung
meiner durch Umbau neu eingerichteten Ge-
schäftsräume erfolgt
am Freitag, den 1. Okt.,
vormittags 10 Uhr.
Von da ab ist mein Lager wieder voll-
ständig sortiert. 5292
Durch die bedeutende Vergrößerung
meiner Verkaufsräume und vorteilhaften
grossen Einkäufe bin ich in der Lage,
meine werte Kundschaft billig und prompt
zu bedienen.
Bis 16. Oktober erhält jeder beim
Einkauf von 1 Mk. an ein Geschenk.
Wilh. Diekmann
Herforderstr. 198.
Donnerstag bleibt mein Geschäft
wegen Einrichtung geschlossen.

Probieren Sie!!!
meinen fests frisch gebrannten
Kaffee aus eigener Rösterei
per Pfund 90, 100, 110—180 f

Ia. neue Voll-Gränge	Dhd. 53 f
Delikatess-Sauerkraut	per Pfd. 8 f
Halbfester Würstchen	Paar 20 f
Vimbargerläse	per Pfd. 45 f
Stangenläse in Stantol	" " 55 f
Holländerläse	" " 70 f
Schweizerläse, schön saftig	" " 95 f
Ia. Munkthong	" " 26 f
Weizenmehl 000	" " 15 f

Kölner Consum-Geschäft
25 Bahnhofstrasse 25. 5306

Besonders billige Schuhwaren für Rekruten und Reservisten.

Man besichtige unsere neuen Auslagen.
Dieselben sind von besonderem Interesse.

Hesse & Co.
Bielefeld, Rathausstrasse 1.



**Ueberraschen
Sie Ihre Frau**

mit einem Päckchen
Wix Fix
Wix Fix saugt Fett und
Schmutz auf. Es reinigt
blitzschnell Emaille-,
Blech- und Holzgerät,
Bade-Wannen, Herd-
platten, Messer, Gabeln.
Pakete zu 10 u. 25 Pfg.
überall.

4382

Visiten-Karten
liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Mitglieder-Versammlungen:

Ortsgruppe Brake. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 9 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Bezirks-Parteitag und Wahl der Delegierten. 2. Kommunal-Angelegenheiten.
Ortsgruppe Schildesche. Sonnabend, den 2. Oktbr., abends 9 Uhr, im Lokale des Wirts Lücking. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 2. Stellungnahme zum Bezirks-Parteitag und Wahl der Delegierten. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl.
Ortsgruppe Sieker. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Dritter Vortrag des Genossen Hoffmann über Kulturentwicklung. 2. Stellungnahme zum Parteitag in Brackwede und Wahl der Delegierten. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. 4. Lokalfrage.
Ortsgruppe Verentrop. Sonnabend, den 2. Oktbr., abends 9 Uhr, im Vereinslokal.
Ortsgruppe Quelle. Sonnabend, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. 1. Bericht des Genossen Schreck vom Leipziger Parteitag. 2. Stellungnahme und Wahl der Delegierten zum Bezirks-Parteitag. 3. Bericht der gewählten Kommission.

Die Mitglieder sind verpflichtet, in den Mitglieder-Versammlungen zu erscheinen.
Der Vorstand.

Das grösste Gewicht



Legen Sie die richtige Hand auf Erspartnisse im Haushalt. Eine grosse Erspartnis ist Ihr erwünschtes, wenn Sie an Stelle der teuren Butter die sprichwörtlich beliebten

van den Bergh'schen
Margarine-Marken

Vitello und Clever-Stolz

welche feinste Molkereibutter vollständig ersetzen. In Ihren Haushalten verwendet.
Erschüttert in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Freitag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr
im Lokale des Herrn Indiestel:

Oeffentl. Versammlung

aller in Buchbindereien, Buchdruckereien, Kartonnagenfabriken und Finireranstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Tarifbewegung und die nötigen weiteren Schritte. Referent: Gantelner Kollege B. Groenhoff.
2. Diskussion.

5321

Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, auch der Nicht-organisierten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lohnkommission.



la. Rablian

im Anschnitt Pfund 25 Pfg.

Seelachs

im Anschnitt Pfund 22 Pfg.

Schellfisch

im Anschnitt Pfund 35 Pfg.

Brat-Schellfisch

Pfund 15 Pfg.

Brat-Schollen

Pfund 25 Pfg., 4 Pfund 95 Pfg.

Fischkochbücher gratis!

Neue russische Kron-Gardinen

4 Pfund-Tag 95 Pfg., 8 Pfund-Tag 1,35 Mk.

Niedernstr. 12. „Nordsee“ Niedernstr. 12.

Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft.

Stadttheater.

Heute, abends 7 1/2 Uhr:
Zur neunzehnhundertjährigen Feier der
Schlacht im Teutoburgerwalde.

Die Hermannsschlacht.

Ein Drama in 5 Aufzügen von
H. von Kleist.

Freitag, den 1. Oktober 1909,
abends 7 1/2 Uhr:

Ein Walzertraum.

Operette in 3 Akten von Oscar Strauß.
Montag, den 4. Oktober:

Revolutionshochzeit.

5322

Das

Boley-Sextett

spielt ab 1. Oktober in

Harms

Kinematographen-Theater

zur alten Post.

Abfolvierte Engagements:

18 Monate Café Monopol, Stettin; 6 Monate Café Empire, Charlottenburg; 3 Monate Café Stern, Berlin; 6 Monate Café Union, Berlin; 3 Monate Hotel Europäischer Hof, Düsseldorf; 2 Monate Hotel Wiener Hof, Bonn; 4 Monate Hotel Lloyd, Bremen; 3 Monate Café Friedrichslau, Freiburg i. Br.; 2 Monate Café Imperial, Heidelberg; 2 Monate Schumanntheater, Frankfurt a. M.

5323

Simplicissimus

Nr. 26

Preis 30 Pfg.

in der Buchhandlung „Volkswacht“ zu haben.

5324

Beste und billigste Bezugsquelle für Kolonialwaren!

Heinr. Hill

Bielefeld

Niederwall 5 :: Arndtstr. 45

Reichspoststr. 10

Brackwede: Kaiserstr. 58

ff. Cocos-Pflanzenfett per Pfd. 55 ¢
ff. neue Vollheringe per Dbd. 49 ¢
feinstes neues Delikatess-Sauerkraut per Pfd. 15 ¢
ff. holl. Käse „ „ 65 ¢
ff. helles Rüöl „ Liter 56 ¢

Gebrannter Kaffee!

Ich empfehle meine

Haushaltungs-Mischung

per Pfund Mk. 1.10

Mit Zugaben!

Dieser Kaffee ist reinnehmend, von feinem Aroma und sehr ergiebig. — Jeder Versuch lohnt!

Meine

Guatemala- und Santos-Mischung

per Pfund Mk. 1.20

repräsentiert eine wirklich feine Qualität.

Ich bitte um Probeversuch!

Mit Zugaben!

Donnerstag, den 30. September bis
Sonnabend, den 2. Oktober

auf 2 Pfd. ff. Margarine von 65 ¢ an
oder 1 Pfd. gebr. Kaffee von 1.10 ¢ an

1 gross. Riegel Schokolade

umsonst

oder

doppelte Kassa-Bons.

Margarine!

Preisliste 50 Pfg. bis Mk. 1.—

per Pfund.

Vom Guten das Beste!

Meine hochfeine

Süssrahm-Tafel-Margarine

per Pfund 80 Pfg.

ist in Qualität unübertroffen.

Donnerstag, den 30. September bis Sonnabend, den 2. Oktober doppelte Kassa-Bons auf alle Waren.

Nr. 228.

Das Wahlrecht

Im Jahre 1909

Allejährlich im Monat
Landgemeinden und
wählten Städten
Da zurzeit in den ein-
liegen oder doch inner-
kommen werden, seien
lichen Vorschriften hier
Bundest sei bemerkt
Wahlrecht in Zukunft
derr meistens nur zu
gemeinderordnung bestim-
vorher bekannt zu mach-
auszulegen ist. D
wurde früher selbst vom
die Liste vier Wochen a
das Oberverwaltungsge-
einem Urteile ausgefü-
nung schreibe nicht vo
zu liegen. Die Frist m
sei vom Amtmann zu
das Oberverwaltungsge-
angehen. Nach den bi
dieses wird in Zukunft
gemäß verfahren werde

Wahlberechtigt

I. die preussische St

ist und

II. seit einem Jahre

1. keine Armen

empfangen,

2. die ihn betref

3. a) in der Gen

zu mindestens

vom Staat a

Ortsstatut an

werden, oder

b) im Gemein

finanzierten No

oder ein be

nachweisen la

Steuergeldungen un

Gehem an, Steuerz

jährigen bzw. unter v

Vater angerechnet.

Die preussische Staat

Besitz des Wahlrechts.

24. Lebensjahr vollendet

ihm das Recht, über sei

verwalten, nicht durch r

sich im Konkurs befinden

loren hat, ist nicht wa

Als eigener Ha

treffende mindestens ü

ganz gleich, ob dasselbe

mieters ausgestattet ist.

Wieder gemeindefähig

der Eltern lebt und n

oder nur eine Schulauf

und ist nicht wahlbere

Als Armenunt

gelber, Invaliden-, Al

wahlberechtigten Verei

lichen Mitteln.

Um wahlberechtigt z

betreffenden Gemein

Ministerial-Versammlu

rückstand vom Wahlrech

Zeit und der Höhe der

meindemitglied seine W

will, soll die Aufnahme

Wer die vorstehend

bann wahlberechtigt, we

1. in der Gemeinde

welches zu mindest

steuer vom Staate

5325

Roman aus

von: F

77

Während sich ein A

zog er mit diesen die

doch zurück und viele

die entweder kein weiter

Sache nicht für so ganz

Amerikaner die Ohren

schämliche Frechheit,

worden. Der Säpulin

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 228.

Bielefeld, Donnerstag, 30. September 1909.

20. Jahrg.

Das Wahlrecht in den westfälischen Landgemeinden.

Alljährlich im Monat November finden in einer Reihe von Landgemeinden und den nach der Landgemeindeordnung verwalteten Städten die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Da zurzeit in den einzelnen Gemeinden die Wahlergebnisse ausliegen oder doch innerhalb der nächsten 14 Tage zur Auslegung kommen werden, seien die auf die Wahlberechtigung usw. bezüglichen Vorschriften hier einer Besprechung gewürdigt.

Zunächst sei bemerkt, daß die Frist für die Auslegung der Wahlergebnisse in Zukunft nicht mehr wie bisher vier Wochen, sondern meistens nur zwei Wochen betragen wird. Die Landgemeindeordnung bestimmt, daß der Wahltermin vier Wochen vorher bekannt zu machen und zugleich die Wahlergebnisse auszuliegen ist. Diese allerdings nicht ganz korrekte Fassung wurde früher selbst vom Oberverwaltungsgericht so gedeutet, daß die Liste vier Wochen ausliegen müsse. Im Vorjahre hat jedoch das Oberverwaltungsgericht diesen Standpunkt verlassen und in einem Urteile ausgeführt, die westfälische Landgemeindeordnung schreibe nicht vor, die Wahlergebnisse habe vier Wochen offen zu liegen. Die Frist müsse nur eine angemessene sein und sei vom Amtmann zu bestimmen. In dem fraglichen Falle hat das Oberverwaltungsgericht 14 Tage als eine angemessene Frist angesehen. Nach den bisherigen Wahnergebnissen des Verfassers dieses wird in Zukunft wohl überall dieser neuen Entscheidung gemäß verfahren werden.

Wahlberechtigt ist derjenige, welcher

I. die preussische Staatsangehörigkeit besitzt und selbständig ist und

II. seit einem Jahre

1. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen,

2. die ihn betreffenden Gemeindeabgaben bezahlt und

3. a) in der Gemeinde ein Wohnhaus besitzt, welches zu mindestens 6 Mark an Grund- und Gebäudesteuer vom Staat eingebracht ist, doch kann dieser Satz durch Ortsstatut ausnahmsweise auch geringer festgesetzt werden, oder

b) im Gemeindebezirk wohnt und mindestens zu dem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark veranlagt ist oder ein dementsprechendes Einkommen (660 Mark) nachweisen kann.

Steuerzahlungen und Grundbesitz der Ehefrau werden dem Ehemann, Steuerzahlungen und Grundbesitz der minderjährigen bzw. unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder dem Vater angerechnet.

Die preussische Staatsangehörigkeit ist Vorbedingung für den Besitz des Wahlrechts. Als selbständig gilt, wer das 24. Lebensjahr vollendet und einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm das Recht, über sein Vermögen zu verfügen und dasselbe zu verwalten, nicht durch richterliches Erkenntnis entzogen ist. Wer sich im Konkurs befindet, oder die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat, ist nicht wahlberechtigt.

Als eigener Hausstand wird angesehen, wenn der Betreffende mindestens über ein eigenes Zimmer verfügen kann, ganz gleich, ob dasselbe mit eigenen oder den Mithäusern des Vermieters ausgestattet ist, ob er es allein oder mit einem anderen Mieter gemeinschaftlich bewohnt. Wer dagegen im Haushalt der Eltern lebt und nicht über ein eigenes Zimmer verfügt oder nur eine Schlafstelle inne hat, gilt als unselbständig und ist nicht wahlberechtigt.

Als Armenunterstützung gelten nicht Krankengelder, Invaliden-, Alters- und Unfallrenten. Auch Gaben von wohlthätigen Vereinen sind keine Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln.

Um wahlberechtigt zu sein, soll das Gemeindeglied die es betreffenden Gemeindeabgaben bezahlt haben. Nach einer Ministerial-Vergütung soll aber nicht jeder kleine Steuerpflichtige zum Wahlrecht ausgeschlossen, sondern nur, wenn aus der Zeit und der Höhe der Rückstände zu schließen ist, daß das Gemeindeglied seine Verpflichtungen weder erfüllen kann noch will, soll die Aufnahme in die Wahlerliste unterbleiben.

Wer die vorstehend besprochenen Erfordernisse erfüllt, ist dann wahlberechtigt, wenn er

1. in der Gemeinde seit einem Jahre ein Wohnhaus besitzt, welches zu mindestens 6 Mark an Grund- und Gebäudesteuer vom Staat eingebracht ist, oder

2. zu dem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark veranlagt ist oder ein Einkommen von mindestens 660 Mark nachweisen kann und in der Gemeinde seit einem Jahre wohnt.

Daß auch der Besitzer eines Wohnhauses in der Gemeinde wohnt, ist nicht erforderlich. Befindet sich ein Wohnhaus im Miteigentum Mehrerer, so müssen sich dieselben darüber verständigen, wer von ihnen das Wahlrecht ausüben soll.

Wer durch Erbschaft oder Uebertragung unter Lebenden an Verwandte in absteigender Linie in den Besitz eines Wohnhauses gelangt, dem kommt bei der Berechnung des einjährigen Wohnsitzes die Besitzzeit des Erblassers zugute.

Ferner kann einem stimmberechtigten Gemeindeglied, welches in eine andere Gemeinde verzogen, schon vor Ablauf eines Jahres das Gemeindeglied (das ist das Wahlrecht) durch den Gemeindevorsteher im Einverständnis mit der Gemeindevertretung verliehen werden. Leider ist diese Bestimmung viel zu wenig bekannt, als daß von ihr Gebrauch gemacht würde. Die Wähler sollten immer derartige Anträge an den Gemeindevorsteher richten.

Außerdem ist aber noch wahlberechtigt, vorausgesetzt, daß die Erfordernisse wegen Staatsangehörigkeit usw. zutreffen, wer in einer Gemeinde seit einem Jahre mehr als einer der drei höchstbesteuerten Einwohner und zwar einmal an direkten Staatssteuern und zum anderen an Gemeindeabgaben zahlt, ohne daß der Betreffende in der Gemeinde wohnt, oder daß ein Wohnhaus besitzt, also vielleicht daselbst nur Grundstücke oder einen Gewerbebetrieb liegen hat. Dasselbe Recht steht juristischen Personen zu, die in einem solchen Maße in der Gemeinde besteuert sind.

Juristische Personen sind die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften und die Berggewerkschaften im Sinne des Berggesetzes von 1865, dagegen sind die Berggewerkschaften, welche vor 1865 bereits bestanden, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die eingetragenen Genossenschaften keine juristischen Personen.

Befindet sich ein zu mindestens 6 Mark an Grund- und Gebäudesteuer veranlagtes Wohnhaus im Besitz einer Frau oder einer unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehenden Person und genügt dieselbe den übrigen Erfordernissen (Staatsangehörigkeit, Nichtbezug von Armenunterstützung usw.), dann ist diese Person wahlberechtigt und in die Wahlerliste aufzunehmen. Das Wahlrecht kann jedoch nur durch Stellvertreter ausübt werden und zwar muß eine verheiratete Frau dies durch ihren Ehemann, eine unter väterlicher Gewalt stehende Person durch den Vater, eine unter Vormundschaft stehende Person durch den Vormund und eine unverheiratete oder verwitwete Frau durch einen stimmberechtigten Einwohner ausüben lassen. Der Ehemann, Vater oder Vormund müssen aber die preussische Staatsangehörigkeit besitzen und in der Gemeinde wohnen.

Die in der Gemeinde wohnenden Gemeindeglieder können sich nicht vertreten lassen, sie müssen ihr Wahlrecht in Person ausüben, ebenso diejenigen auswärts wohnenden Hausbesitzer, welche zwischen 6 und 15 Mark an Grund- und Gebäudesteuer vom Staat veranlagt sind. Es muß wohl beachtet werden, daß hier immer nur von der staatlich veranlagten Summe die Rede ist, von welcher die Gemeinde ihre Zuschläge erhebt. Wer zu mehr als 15 Mark an Grund- und Gebäudesteuer veranlagt ist, sowie die höchstbesteuerten physischen Personen können das Wahlrecht selbst ausüben oder sich durch einen stimmberechtigten Einwohner vertreten lassen. Die juristischen Personen dagegen müssen sich durch einen Stimmberechtigten vertreten lassen.

Wie es mit der Vertretung von Leuten zwischen dem 21. und 24. Lebensjahre werden soll, die sich im Besitz eines Wohnhauses befinden, darüber sagt die westfälische Landgemeindeordnung nichts, sie enthält in dieser Beziehung eine Lücke. Es kommt daher, daß bei Erlass der Landgemeindeordnung die Volljährigkeit erst mit 24 Jahren eintrat, während sie heute schon mit 21 Jahren eintritt. In der Praxis wird die Sache so gehandhabt, daß diese Leute sich durch einen stimmberechtigten Einwohner vertreten lassen können, sie würden ja sonst auch im Alter zwischen 21 und 24 Jahren schlechter gestellt sein, wie im Alter vor 21 Jahren. Die Landgemeindeordnung für die öffentlichen Vorwahlen enthält ausdrücklich eine solche Bestimmung.

Für die nach der Landgemeindeordnung verwalteten Städte treten folgende Abänderungen vorstehender Vorschriften ein:

Die auswärts wohnenden Hausbesitzer haben kein Wahlrecht, sie zählen nicht zu den Gemeindegliedern, sondern zu den Jurensen. Die höchstbesteuerten physischen und juristischen Personen haben jedoch auch in den Stadtgemeinden Wahlrecht, sie müssen sich aber vertreten lassen. Frauen und minderjährige oder unter Vormundschaft stehende Personen, welche sich im Besitz eines Wohnhauses befinden, sind in den Stadtgemeinden ebenfalls vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Außerdem genügt es bei den Stadtgemeinden, wenn die Hälfte der Gemeindeverordneten zu den Angehörigen (Hausbesitzern) gehört, während bei den Landgemeinden zwei Drittel aus diesen Personen gewählt werden müssen.

Bei der Aufstellung der Kandidaten ist darauf zu achten, daß nicht ganz allgemein die Hälfte oder zwei Drittel der Gemeindeverordneten zu den Hausbesitzern gehören müssen, daselbst Verhältnis muß auch in jeder der drei Abteilungen herrschen. Besteht die Gemeindevertretung z. B. aus 6 Personen, so dürfen in den Landgemeinden davon 2 aus den Mietern gewählt werden. Zwischen den drei Abteilungen wird durch Los entschieden, welche beiden Abteilungen je einen Mieter wählen können. Es wäre nicht zulässig, etwa in der dritten Abteilung zwei Mieter zu wählen, weil die übrigen vier Vertreter zu den Hausbesitzern gehören.

Dagegen ist es gleich, welcher Abteilung ein Gewählter angehört. Es ist durchaus zulässig, daß jemand von der zweiten Abteilung gewählt wird, der selbst in der dritten Abteilung wohnt.

Die Erfordernisse für die Wahlberechtigung (preussische Staatsangehörigkeit, Alter von 24 Jahren, Selbständigkeit, einjähriger Wohnsitz usw.) müssen zur Zeit der Auflegung der Wahlerliste vorhanden sein, nicht erst später erworben werden. Liegt also eine Wahlerliste z. B. vom 5. bis 19. Oktober zur Einsicht offen, so kann jemand seine Aufnahme in dieselbe nur verlangen, wenn er am 19. Oktober die vorgezeichneten Erfordernisse erfüllt. Die Erfordernisse für die Wahlbarkeit dagegen, z. B. Besitz eines Wohnhauses, müssen am Tage der Wahl vorhanden sein.

Für die Wahlen der Gemeindeverordneten werden die stimmberechtigten Gemeindeglieder nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler entfällt. Die Aufstellung der Liste geschieht in der Weise, daß die Wähler ihrer Steuerleistung nach, anfangend mit dem Höchstbesteuerten, eingetragen werden. Bei gleichen Steuerbeträgen entscheidet das Alter und erforderlichenfalls das Los, wer zuerst einzutragen ist. Steuern, welche für Grundbesitz und Gewerbebetrieb in einer anderen Gemeinde entrichtet werden, und die Steuern für den Gewerbebetrieb im Umherziehen kommen hierbei nicht in Anrechnung. Für jede nicht zur Staats-Einkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 Mark in die Wahlerliste einzutragen.

Wo direkte Steuern nicht erhoben werden — solche Gemeinwesen sind äußerst selten — tritt an deren Stelle die vom Staat veranlagte (aber nicht mehr erhabene) Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Personen, welche vom Staat zu einer Steuer nicht veranlagt sind, wählen stets in der dritten Abteilung.

Niemand kann zwei Abteilungen zugleich angehören, in die erste bzw. zweite Abteilung gehört oder der, dessen Steuerbetrag nur teilweise in das erste bzw. zweite Drittel fällt.

Durch Ortsstatut kann bestimmt werden, daß die bei einer Wahl als abgrenzend bei den einzelnen Abteilungen gefundenen Steuerbeträge für eine längere, bestimmte Zeit als maßgebend für die Zugehörigkeit zu den einzelnen Abteilungen gelten sollen. Würde man z. B. annehmen, bei einer Wahl habe sich herausgestellt, der letzte Wähler der ersten Abteilung zahle insgesamt 208 Mark Steuern, der letzte Wähler der zweiten Abteilung 64 Mark, so kann das Ortsstatut bestimmen, daß für eine Reihe von Jahren dieser Steuerbetrag für die Zugehörigkeit zu den Abteilungen maßgebend sein soll. Von einer derartigen Verfügung wird allerdings fast nirgends Gebrauch gemacht sein. Ebenso verhält es sich mit diversen Bestimmungen, die in den Gemeinden, welche nach der jeweiligen letzten Volkszählung 10 000 Einwohner haben, eingeführt werden können. Die wichtigste dieser Bestimmungen ist die Einführung der Zwölftelung bei Einteilung der Wählerabteilungen, und zwar in der Art, daß auf die erste Abteilung fünf Zwölftel, auf die zweite vier Zwölftel und auf die dritte drei Zwölftel der Gesamtsteuersumme entfallen. Es

Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens von Friedrich Gerstäcker.

77 Während sich ein Teil der Amerikaner um ihn sammelte, zog er mit diesen die Straße hinauf; die meisten blieben aber doch zurück und viele trennten sich noch später von dem Zuge, die entweder kein weiteres Interesse dabei hatten, oder doch ihre Sache nicht für so ganz gerecht hielten. Daß die Indianer dem Amerikaner die Ohren abgeschnitten hatten, war freilich eine unheimliche Frechheit, aber die Vorfälle waren auch gereizt worden. Der Häuptling selber hatte sich ihnen stets freundlich gezeigt, und dann schwärmten auch heute die Berge ordentlich von dem roten Gefindel, und man wußte eigentlich nie recht, wie man mit ihm daran war. Graf Beddors stand mit untergeschlageneren Armen neben dem Sheriff und schaute dem fortziehenden Schwarm mit finsternem Blicke nach, als er eine Hand auf seiner Achsel fühlte und sich danach umdrehend, in ein paar braune leuchtende Augen sah. Erstarrt hielt er den Blick eine ganze Weile auf das ihm zugekehrte Antlitz geheftet, und es war augenscheinlich, daß er den ihm hier so plötzlich begegnenden Fremden kannte, aber in all' den wilden Gestalten, die uns in einem solchen Lande nach und nach begegnen, fand er nicht gleich den Anknüpfungspunkt an diese Tage.

„Herr Graf, Sie entschuldigen vielleicht,“ sagte lachend der Fremde, wenn ich Ihnen —

„Emil!“ rief Beddors, aber jetzt kaum seinen Sinnen traubend, unter solchen Umständen hier mit einem alten Freunde zusammenzutreffen, bist du es denn wirklich?

„Wie du siehst, lebendig und frisch und gesund,“ lachte der junge Mann; „aber zum Teufel, Georg, gräßlich, denn du auch nach Gold? Du siehst wenigstens wie ein tüchtiger Miner aus, im roten Hemd, den alten Strohhut auf und mit dem rechten schiefgetretenen Schuh.“

Beddors hatte aber seine Hand ergriffen und sie aus Leibeskräften schüttelnd, rief er aus: „Tausendmal willkommen in den Bergen, wo es dich nun auch hergeführt, und solche Freunde bist mir heute bei Gott nicht träumen lassen. Und du bleibst hier?“

„Vor der Hand ja. Ich bin gerade auf einem Streifzug begriffen, der mich an keinen Platz natürlich bindet, wie dies ja auch in Kalifornien Sitte ist. Wer bindet sich hier?“

„Und bist du schon lange im Lande?“

„Etwas sechs Monate, und in der Zeit Holzhauser, Kommissar, Maultierreiter und Kellner gewesen. Aber alle die Fragen könnte ich an dich tun. Welcher Wind hat dich aus den deutschen Salons in diese Wildnis geweht?“

„Derselbe wahrscheinlich,“ lachte Beddors, „der dich herüber-

tegte; der Aquinoctialsturm, der im Jahre 48 in Paris ausbrach und, wie ein echter Lawind vom Westen kommend, das alte morische Eis im Vaterlande brach. Besser kommt ich die Zeit da nicht anwenden, als daß ich eben auf Reisen ging.“

„Und jetzt arbeitest du hier?“

„Mit einem andern Deutschen zusammen. In den Minen hast du dich noch nicht versucht?“

„Noch nicht.“

„Dortrefflich, dann weiß ich dich gleich heute in die Geheimnisse des edlen Goldwahns ein. Du hast doch Zeit?“

„Ich — hm — ja — allerdings. Welche Beschäftigung soll ich schon haben?“

„Gut, dann begleitest du mich hinaus nach meinem Arbeitsplatz, mein Kamrad wird überdies schon mit Scherzen auf mich warten, und unterwegs und draußen plaudern wir nach Herzenslust.“

„Und wenn kommen wir wieder zurück?“

„Mit Feierabend,“ lachte Beddors, „die Bedeutung des Wortes wirst du in diesem Lande schon kennen gelernt haben, wenn wir daheim auch nicht viel davon wußten,“ und ohne eine weitere Antwort abzuwarten, legte er seinen Arm in den des Freundes und wandelte mit ihm die Zeltstraße hinauf, der stillen Talstraße zu.

Coof, ein alter Anführer aus den westlichen Staaten, der dem Spieler vorher seine Meinung gesagt, und manden anderen dadurch abgehalten hatte, sich dem tollen Zuge anzuschließen, stand indes noch immer, wie ihn jene verlassen hatten, auf seine Wüste geleht und schaute finstern vor sich nieder. Nur sein Pferd, das er am Zaune hielt, war ungeduldig geworden und scharrte mit den Hufen den Staub auf, was aber sein Herr gar nicht bemerkt oder wenigstens nicht beachtete. Hale, der den Alcalden eine Strecke nach seinem Zelt zu begleitet hatte, kam jetzt wieder die Straße hinauf.

„Na, Coof, was gibst, Mann? Ihr steht ja da, als ob ihr die Sandförmner auf dem Boden zählst,“ redete er ihn an, „was habt ihr?“

„Ich? Verdammt wenig,“ lautete die mürrische Antwort. „Ich ärgere mich nur, daß sich solch nichtnutziges Rad, wie es bei uns herumläuft, amerikanische Bürger nennen darf. Hol' mich der Teufel, wenn wir uns nicht mit denen vor den australischen Sträflingen schämen müssen!“

„Ihr meint diesen Sitt?“

„Ich meine die ganze verbrannte Spielerbande,“ sagte untrüben der Mann. „Sind die Schwärze nicht wie die Lasgeier und Raben bei einem erlegten Stück Wild augenblicklich da, wo ein paar Pfund Gold aus der Erde gegraben werden, und rühren sie die Hand zu einem erblichen Erwerb? Nur auf die armen Teufel lauern sie, die abern oder eingebildet genug sind, das was sie ihr Glück nennen, mit ihnen zu versuchen, bis sie vollständig gerupft wieder zu Hade und Spaten greifen müssen.“

„Aber ist es nicht die eigene Schuld der dummen Teufel?“

„Gewiß ist sie,“ rief Coof, „und ich gönne es ihnen von Herzen, aber darum haß ich das Gefindel, das sich zu solch faulem entehrenden Erwerb hergibt, nicht einen Gran weniger. Warum können wir's hier nicht so machen, wie es die Goldsucher im Rich Gulch gemacht haben, und sie zum Ort hinausjagen mit Schimpf und Schande? Was habt ihr an ihnen hier, daß ihr sie duldet, und hat ein einziger von der ganzen Bande etwa heute morgen eine Wüste mit aufgetragen?“

„Was ich von ihnen habe?“ lachte Hale. „Wenn es nach mir ginge, würden sie lieber heute wie morgen zum Teufel hinausgeworfen. Ich weiß nur nicht, wie unser Alcalde darauf zu sprechen ist, denn jener Sittly gerade ist ein alter Freund von ihm.“

„Gerade keine Empfehlung für den Alcalde,“ brummte Coof; „aber was brauchen wir denn Alcalde dazu? Mit den Geleuten können wir ihnen doch nichts anhaben, das wissen die Salunken auch recht gut und das einzige, was wir können, ist, daß wir einmal kurzen Prozeß mit ihnen machen. Nun seht allein das Unrecht, das sie heute wieder anrichten werden, wenn sie ja mit den Indianern zusammentreffen sollten. Kann man es denn da den armen, von allen Seiten gehänselten Rothhäuten verdenken, wenn sie Rache nehmen, wo sich ihnen nur irgend die Gelegenheit dazu bietet? Was würden wir an ihrer Stelle tun, Hale? Hol's der Teufel, ich glaube, ich schiffe sie den Weissen wieder, den ich fände, um das vergossene Blut der Minen zu führen. Kalifornien wird einmal ein großes und mächtiges Land werden, das unterliegt keinem Zweifel, aber wir werden mehr Arbeit bekommen, die schlechte Bevölkerung, die schon da ist, auszurotten, als eine gute, aberbaureibende herüberzubringen.“

„Rein Wunder,“ sagte Hale, „denn die ganze Erdkugel schickt uns ja in diesem Augenblick ihre Abenteuerler und nichtnutzigen Subjekte, vielleicht sogar ihre Verbrecher herüber, und man kann wahrhaftig keinem einzigen Fremden mehr trauen, denn wer kennt seine Vergangenheit? Von San Francisco habe ich auch gestern Briefe bekommen, daß sie einer Bande von Engländern und Irländern auf der Spur sind, die, wahrlich, von Australien herübergeflüchtet, dort ihr Weiden treiben. Die Berichte in San Francisco sind nur zu schwach, dagegen einsigelt, die Advokaten fast alle käuflich, die Richter ebenfalls.“

„Natürlich, sie sind alle herübergekommen, um Gold zu graben, jeder in seiner Weise,“ sagte Coof, „und die, die es nicht mit Spaten und Hade können, versuchen es mit der Feder. Sol' die Tintenflöcker der Teufel, wir müssen einmal reine Bahn mit ihnen machen!“

„Unsern Alcalde aber nehmt ihr hoffentlich aus,“ lachte Hale. „Besser noch einmal, allen Respekt vor dem, denn, wie er sich heute gegen die Mexikaner benommen hat, tut es ihm kein Hinterwäldler vor. Aber wo wollt ihr mit eurem Pferd hin?“

„Fort?“

... eine kleine Schwächung des Dreiklassenwahlrechts, zu deren Einführung ein mit zwei Drittel Mehrheit gefasster Beschluss gehört.

Direkte Staatssteuern sind die Einkommen- und die Vermögenssteuer.

Als direkte Steuern gelten nicht und kommen deshalb auch nicht in Anrechnung: Kirchensteuern, Umlagen, Wertzuwachs-, Schenkungs- und Grundsteuern.

Bei den nicht zur Staats-Einkommensteuer veranlagten Personen wird an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 Mark eingetragen. Hierbei kommen diejenigen Personen in Betracht, die zu dem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark veranlagt sind, oder ein Jahreseinkommen von mindestens 660 Mark nachweisen können. Wenn von dem fingierten Normalsteuersatz die Rede ist, so bleibt natürlich zu beachten, daß nicht jeder, der 4 Mark Steuern zahlt, wahlberechtigt ist, sondern diese Summe ist der Einheitsatz, von welchem die Gemeinden ihre Zuschläge erheben. Bei 250 Prozent Zuschläge beträgt der Steuerbetrag demnach 10 Mark, bei 300 Prozent 12 Mark usw.

Die in Preußen augenblicklich erhobenen Zuschläge zur Einkommensteuer bei Einkommen von über 1200 Mark kommen nicht in Anrechnung.

Auch die durch die neuen Bestimmungen gewährten Ermäßigungen bei dem Vorhandensein von unterhaltungs-pflichtigen Angehörigen (Kindern usw.) sind für Wahlzwecke außer Betracht zu lassen (S. 20a des Gesetzes). Dem Wähler muß also ein seinem Einkommen entsprechender Steuerbetrag in Anrechnung gebracht werden. Durch diese Bestimmung wird, wie man sich im Landtage ausdrückte, „der platonische Charakter des Wahlrechts etwas gemildert“. Diese Bestimmung ist so wichtig, namentlich bei den diesjährigen Wahlen, wo sie zum ersten mal zur Anwendung gelangt, daß ich sie an einem Beispiel erläutern will.

Nehmen wir an, jemandem verbleibt nach Abrechnung der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung ein steuer-pflichtiges Einkommen von 1120 Mark. Diesem entspricht ein Steuerbetrag von 9 Mark Einkommensteuer. Hat der Betroffene nun 3 Kinder, so konnte er nach den früheren Bestimmungen 150 Mark in Abzug bringen. Der verbleibende Rest von 970 Mark wurde mit 6 Mark zur Einkommensteuer herangezogen. Dieser Satz nebst den entsprechenden Gemeindesteuerschlägen wurde bei der Wahl in die Liste eingetragen. Bei 300 Prozent Gemeindesteuerschlägen also eine Gesamtsumme von 24 Mark. Nach den neuen Bestimmungen dagegen hat ein Steuerpflichtiger mit 3 unterhaltungs-pflichtigen Angehörigen eine Ermäßigung um zwei Stufen zu beantragen. Der Wähler wird also von der Einkommensteuer überhaupt befreit und zu dem Normalsteuersatz von 4 Mark veranlagt. Bei 300 Prozent Gemeindesteuerschlägen sind nun aber nicht 12 Mark und 3 Mark für nicht erhobene Staatssteuer, sondern 15 Mark, einzutragen, sondern der dem Einkommen entsprechende Satz von 9 Mark nebst den Gemeindesteuerschlägen, bei 300 Prozent mithin zusammen 36 Mark, sind in Anrechnung zu bringen.

Die nach den vorstehend besprochenen Grundsätzen aufgestellte Wählerliste ist zur Einsicht der Gemeindeglieder auszulegen und zwar, wie wir anfangs schon darlegten, bestimmt die Auslegungsdauer der Amtmann.

Das Recht, eine Abschrift der Wählerliste zu verlangen, hat der Wähler nicht, doch kann es ihm nicht verweigert werden, sich Notizen daraus zu machen. Die Durchsicht der Liste kann nicht mit dem Hinweis darauf verweigert werden, daß die aufgeführten Steuerbeträge der Wähler geheim zu halten seien, denn nur durch einen Vergleich der Steuerbeträge der einzelnen Wähler kann der Einkommensstand festgestellt, ob er an der richtigen Stelle eingetragen ist.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung beim Gemeindevorsteher anzubringen. Der Einspruch kann mündlich oder schriftlich geschehen. Macht man ihn mündlich, so besteht man darauf, daß der Gemeindevorsteher sofort ein kurzes Protokoll aufnimmt.

Der Einspruch kann sich sowohl darauf stützen, daß der Beschwerdeführer garnicht oder infolge unrichtiger Berechnung seiner Steuern an unrichtiger Stelle eingetragen ist, wie auch darauf, daß jemand anders in der Liste aufgeführt ist, der das Gemeinderecht gar nicht besitzt. Ob jemand an unrichtiger Stelle eingetragen ist, ist namentlich dann von Bedeutung, wenn er bei richtiger Berechnung seiner Steuerleistung in eine höhere Abteilung gelangen würde, sonst ist es ja gleichgültig.

„Mein“, sagte Cool, „ich habe es nur vorhin eingefangen, und muß leben, wo ich es hier eine Zeitlang unterbringe, bis sich die Indianer in etwas beruhigt haben oder wieder fortgezogen sind. Sie machen sich sonst ein Vergnügen daraus und ziehen ihm ein halb Dutzend Weile auf den Hals, oder verzehren es gar bei einer ihrer Nationalfeiern, wenn es auch einen verdammten großen Braten geben würde. Wer ist denn der Purische, der da drüben steht und uns hier schon eine ganze Weile so aufmerksam betrachtet?“

Gale drehte den Kopf langsam der bezeichneten Stelle zu. „Ich kenne ihn nicht“, sagte er, „jedemfalls ein Fremder, er sieht aber nicht wie ein Amerikaner aus, eher wie ein Engländer. Ich denke, er will etwas von uns, denn er kommt auf uns zu.“

Der Sheriff hatte recht. Der Fremde, der eigentlich nicht bei beiden Männern, sondern nur das Pferd eine Weile betrachtet hatte, kam wirklich heran, grüßte die beiden und sagte dann, sich an Cool wendend: „Ist Euch das Pferd feil, Sir?“ „Nein“, antwortete Cool, „hier in den Weiden ist ziemlich alles feil, vorausgesetzt, daß man einen ordentlichen Preis bekommt, warum nicht auch das Pferd?“

„Und was wollt Ihr dafür haben?“ „Cool begann sich eine Weile, und so erfuhr er gerade jetzt über das Anerbieten war, überlegte er sich die Antwort doch erst, daß er nicht etwa weniger fordere, als der Käufer bewogen werden konnte, zu geben. Endlich sagte er:

„Ich denke, wenn Ihr acht Unzen gebt, macht Ihr einen brillanten Handel, ohne Sattel und Zaum natürlich.“ „Acht Unzen ist viel Geld für ein altes Pferd, und ich brauche es nur, um nach San Francisco zu reiten.“

„Unter dem möchte ich es nicht hergeben“, meinte Cool. „Ich hätte wohl noch eins, das ich Euch was billiger lassen könnte, der Wader graßt aber irgendwo in den Hügeln, und wo die Indianer jetzt da oben herumstreifen, ist böse nach ihm. Wenn Ihr einige Tage warten wollt, kann ich Euch das vielleicht finden.“

„Ich möchte heute fort, wenn ich ein passendes Tier finden kann“, erwiderte der Fremde. „Würdet Ihr nicht sieben dafür nehmen?“

„Ich will Euch was sagen, Fremder, wenn Ihr ein Tier braucht, ist Euch das hier um acht Unzen spottbillig, und wenn Ihr kein braucht, um zwei zu teuer. Fordern und bieten macht aber Kaufleute, und wollt Ihr sieben und eine halbe geben, soll es Euer sein. Ihr bekommt dafür ein gesundes, munteres Pferd, das Euch, trotz seiner neun Jahre, in einem Tage nach Stockton trägt.“

„Glaubt Ihr wirklich?“ „Ihr sollt sagen, William Cool hat gelogen, wenn es nicht wahr ist.“

„Gut, dann kommt mit in das nächste Zelt, daß ich Gold dort für Euch abwiegen kann.“

„Ist wohl kaum nötig“, meinte der Amerikaner, „habt Ihr Eure Waage nicht bei Euch?“

„Allerdings.“

„Nun gut, ich auch. Wiegt es mir vor und ich wiege es Euch nach, und wenn wir beide damit zufrieden sind, geht es die Händler nichts an. Deren Gewichte soll überhaupt der Teufel holen, denn wenn Ihr ihnen sieben Unzen darauf legt, könnt Ihr sicher sein, daß sie acht herunternehmen, und ich mag Euch nicht betrügen.“

Der Fremde betrachtete sich noch einmal das Pferd, mit dessen Verkäufer er zufrieden zu sein schien, und ging dann zu einem ziemlich großen Stein, um die Summe abzuwiegen. (Fortsetzung folgt.)

ob der Wähler in derselben Abteilung an 4. oder 30. Stelle steht.

Nach Ablauf der Auslegungsdauer der Wählerliste sind die eingegangenen Einsprüche der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Beschluss der Gemeindeversammlung ist dem Beschwerdeführer schriftlich zuzustellen. Gegen denselben gibt es keine Beschwerde, derselbe kann von dem Beschwerdeführer nur im Verwaltungsstreitverfahren mit der Klage angefochten werden. Auch der Amtmann oder der Gemeindevorsteher können den Beschluss mit der Klage anfechten. Die Klage ist innerhalb zwei Wochen, vom Tage der Zustellung des Beschlusses an gerechnet, beim Kreisaußschuß anzubringen. Sie kann schriftlich eingereicht, aber auch mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Gegen das Urteil des Kreisaußschusses ist mit einer Frist von zwei Wochen, von Zustellung des Urteils an gerechnet, Berufung an den Bezirksaußschuß zulässig.

Gegen die Entscheidung des Bezirksaußschusses kann, wiederum mit einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung des Urteils, Revision beim Oberverwaltungsgericht eingebracht werden. Die Anmeldung und Rechtserichtigung der Revision hat beim Kreisaußschuß zu geschehen.

Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung. Hat die Gemeindeversammlung z. B. einen auf Eintragung gerichteten Einspruch anerkannt, so wird der Betreffende eingetragen, auch wenn Amtmann oder Gemeindevorsteher den Klageweg beschreiten, weil nach ihrer Meinung der Beschwerdeführer nicht das Wahlrecht besitzt. Ist der Einspruch des Beschwerdeführers von der Gemeindeversammlung dagegen abgewiesen, so wird dieser nicht in die Wählerliste eingetragen, auch dann nicht, wenn er den Klageweg beschreitet. Erst durch den Ausfall der Klage wird die Sache endgültig entschieden werden.

Das sind die wesentlichen bei der Auslegung der Liste zu beachtenden Vorschriften. Kurz vor den im November stattfindenden Wahlen selbst soll in einem weiteren Artikel die Wahlhandlung und alles damit Zusammenhängende besprochen werden.

Kirche und Schule.

Eine Stenografische. Die heftigste Industriestadt Offenbach hat 9 städtische Schulen mit 178 Klassen, in denen 9613 Kinder unterrichtet werden. Daneben besteht eine Hilfsschule für Schwachbegabte mit 4 Klassen und 122 Kindern. 5 Ärzte, ein Augenarzt und 2 Zahnärzte besorgen den ärztlichen Schuldienst. Ihre Berichte zeigen ersprechende Resultate. Von den 9613 Kindern wurden 4437 des ersten, 3., 5. und 8. Schuljahres untersucht, also noch nicht die Hälfte. Der Befund läßt sich wie folgt zusammenfassen:

20 Prozent der untersuchten Kinder waren gesund und bei guter Konstitution, 3131 oder 70,6 Prozent zeigten eine schwächere Körperanlage, weniger guten Ernährungszustand oder Krankheitsbefunde leichter Art, 417 oder 9,4 Prozent zeigten erheblichere Unterernährung, auffallende Entwicklungs-schwäche oder schwere chronische Krankheitszustände!

54,6 Prozent der Kinder hatten ein schlechtes Gehör, 226 litten an den Augen, 131 an den Ohren, krankhafte Veränderungen der Nase und des Rachens wiesen 546 Kinder auf, 207 litten an Krankheiten der Knochen. Herz- und Lungen-krankheiten waren 197, mit sonstigen Körpermängeln — wie ausge-sprochene Blutarmut, Schilddrüsenvergrößerung, nervöse Zustände usw. — waren 301 Kinder behaftet.

Zu durchgreifenden Maßnahmen hat man sich nicht auf-schieben vermocht. 115 Kinder wurden auf vier Wochen in Bäder geschickt, 54 in Ferienkolonien, 789 erhielten Milch in den Juli-Feien, eine Anzahl Kinder erhielt im Winter — auf Kosten der Stadt — warmes Milchfrühstück, doch reichten die Mittel hierzu nicht weit. Die Schulgebäude selbst waren mit einer einzigen Ausnahme sanitär nicht einwandfrei.

Für obige Statistik sind die Angaben aus der Hilfsschule außer Betracht gelassen worden, weil sie das Gesamtergebnis ungünstig beeinflusst hätten.

Literarisches.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 20. Nummer seines 8. Jahrgangs erschienen. Sie enthält die Wiedergabe einer Photographie „Die erste Sitzung des Leipziger Parteitag“, die beiden farbigen Bilder „Aus Griechenland“ und „Nationale Ausübung“ und die weiteren Illustrationen „Die Disziplin in der Pathologie“, „Triole-Schad“, „Das große Kopfwachen im Zentrum“, „Der Fehler“, „Ueberzeugung“, „Bal champagne am Nordpol“ (mit Gedicht), „Das Geheimnis der Antike“, „Friede am Brunnen“, „Auf der Höhe der Zeit“, „Die Mode“, „Ein Unzufriedener“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Titanentanz“, „Ei, ei!“, „Das Erntefest 1909“, „Sozialistische Nationalhymne“, „Gefährliche Erwartung“ (mit Illustrationen), „Der Nordpol“, „Aus Medenburgh“, „Das schwarze Weibchen“, „Der große Komet von 1910“, „Ruhe sanft!“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Revueletten „Die Verwaltung des Nordpols“, „von Below-Weitenburg an von Krinim-Schnodderheim“, „Schwaps-predigt eines katholischen Pfarrers“, „Schwarze Volksdichtung“ und „Aus den Papieren eines Verrückten“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 26 des 19. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Parteitag in Leipzig. — Die Gewerbeschulungsbeamten in Württemberg über die Kinder- und Frauenarbeit. Von G. H. Die Arbeiterinnen im Deutschen Holzarbeiterverband. Von St. — Der Drang nach Wissen. Ein Briefwechsel von Fr. Briffschow. — Bilder von der schweizerischen Seimarbeiterausstellung. Von Johannes Seiden. — Proletarierinnen, bedient es! Von M. Garber. — Aus der Bewegung: Pauline Staegemann. — Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag. — Die Berliner Genossinnen rufen zur Landtagswahl. — Jahresbericht der Genossinnen des achten und zehnten schleswig-holsteinischen Wahlkreises. — Politische Rundschau. Von G. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus dem Ausland. — Vom Kampfbild in Schweden. — Berichtung. — Genossenschaftliche Rundschau. Von G. H. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrsweins. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen in öffentlichen Aemtern. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Wehjel. Von Joseph v. Eichenbörff. — Der Roman des Freudenhauses. Von Hermann Wendel. — Auge und Berufswahl. Von Dr. Richard Supmann. — Für die Hausfrau. — Revueletten: Das Stelldichein. Von Eulph Brubomme. — Die gute Mutter. Von Savioz. Autorisierte Uebersetzung von Wilhelm Thal.

Für unsere Kinder: Im Herbst. Von Heinrich Seidel. (Gedicht). — So sind wir alle. Von Emma Böhl. — Zwei Heimgelehrte. Von Anastas Grün. (Gedicht). — Eine Fohlabri auf dem Main: VIII. Im Kampf mit Sturm und Wellen. Von Heinrich Wandt. — Fottelohr. Von Ernst Seton Thompson. — Vigenmärchen. Aus Böhmens „Deutsches Kinderlied“. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mark.

„Kommunale Praxis.“ Von dieser Wochenzeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt ist soeben Heft 39, das letzte im 3. Quartal, erschienen. Es ist infolgedessen jetzt die beste Gelegenheit, mit dem Abonnement zu beginnen. Der reiche Inhalt, der sich mit allen Materien befaßt, die für den Interessen der Gemeindepolitik wertvoll sind, macht die „Kommunale Praxis“ immer mehr zu einem unentbehrlichen Organ.

Besonders jeder Stadtverordnete und Gemeindevorsteher sollte auf die Vorteile dieser Zeitschrift nicht verzichten. Zum Preise von 3 Mk. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Parteipeditoren Abonnements entgegen.

Probenummern sendet der Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin S.W. 68, auf Verlangen gratis und franko.

Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz. Von Arbeitersekretär Rud. Wessell. Dieses soeben im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin S.W. 68, erschienene Heftchen wird allen preussischen Steuerzahlern sehr willkommen sein. In allen verzwickten Fragen der preussischen Einkommensteuergesetzgebung gibt es Rat und Auskunft. Seit zwei Jahren sind die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen aller Arbeiter und Angestellten — soweit es unter 3000 Mk. beträgt — anzugeben. Das zwingt viele Arbeiter zu Reklamationen, weil sehr oft außerordentliche Gründe vorhanden sind, die zum Verlangen einer Steuerherabsetzung berechtigen. Welche besonderen Umstände solche Reklamationen ermöglichen und alles nähere über die Form der dazu nötigen Eingaben kann man aus dem Führer erfahren. Die abgedruckten Musterbeispiele für Steuerreklamationen und Eingaben aller Art werden bei diesen Gelegenheiten gute Dienste leisten. Der billige Preis von 30 Pf. pro Exemplar macht die Anschaffung jedem Arbeiter möglich.

Bekanntmachung.

Die am 22. bis 25. Sept. 1909 vorgenommene Wahl von Mitgliedern des Gewerbegerichts zu Bielefeld hatte folgendes Ergebnis:

A. Arbeitnehmer.

Es haben 5893 Arbeitnehmer gewählt. Die 58 930 abgegebenen und sämtlich gültigen Stimmen entfielen auf die 15 Kandidaten der eingereichten Vorschlagslisten wie folgt:

Liste I.

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Schlosser Friedrich Apendrin, hier, Kaiserstraße 40 | mit 5345 Stimmen, |
| 2. Dreher Moritz Reibig, hier, Rohr-teichstraße 65 | 5320 " |
| 3. Schlosser Bruno Wagner, hier, Schmiedestraße 11 | 5312 " |
| 4. Schlosser Hermann Hornberg, hier, Eob.-Windhorststraße 27 | 5312 " |
| 5. Tischler Hermann Schell, hier, Nord-straße 34 | 5311 " |
| 6. Buchdrucker Ernst Rothe, hier, West-straße 60 | 5310 " |
| 7. Dreher Gustav Grube, hier, Her-forderstraße 129 | 5310 " |
| 8. Weber Gottlieb Böckelamp, Siesfe, Nr. 13 | 5310 " |
| 9. Schriftföher Richard Feichter, hier, Bülowstraße 31 | 5310 " |
| 10. Lagerarbeiter Otto Dannenhau, hier, Dsnabrückerstraße 31 | 5310 " |

zusammen 53150 Stimmen.

Liste II.

- | | |
|---|-------------------|
| 1. Metallarbeiter Carl Böhle, hier, Söllenbederstraße 59 | mit 1176 Stimmen, |
| 2. Tischler Heinrich Wulfmeyer, hier, Ehlentrupperweg 24 | 1163 " |
| 3. Schlosser August Limberg, hier, Schild-eicherstraße 63 | 1155 " |
| 4. Kellner Louis Friedrich, hier, Ehlentrupperweg 9 | 1146 " |
| 5. Böttcher Anton Schindler, hier, Seim-richstraße 13 | 1140 " |

zusammen 5780 Stimmen.

Die Verteilungszahl, die in der Stimmengahl der einzelnen Listen — unter Nichtbeachtung der bei der Teilung übrig bleibenden Reste — 11mal enthalten ist, ist 5357. Diese Zahl ist in der Liste I 9mal, in der Liste II 1mal enthalten.

Es sind demnach gewählt die zu 1 bis 9 Genannten der Liste I und der zu 1 Genannte der Liste II.

Durch Auslosung wurde der Metallarbeiter Carl Böhle von Liste II für die Wahlperiode bis 30. September 1912 bestimmt, die Wahlperiode der anderen Gewählten gilt bis zum 30. September 1915.

B. Arbeitgeber.

Es haben 101 Arbeitgeber gewählt. Die 909 abgegebenen und sämtlich gültigen Stimmen entfielen auf die 18 Kandidaten der eingereichten Vorschlags-Listen wie folgt:

Liste I.

- | | |
|--|----------------|
| Friseurmeister Carl Dörries, hier, Meindorsstraße 7 | mit 29 Stimmen |
| Tischlermeister Bernh. Bodwinkel, hier, Kurzstraße 37 | 24 " |
| Bigarrenfabrikant Heinrich Posteker, hier, Bleichstraße 91 | 23 " |
| Geschäftsführer Heinrich Tebbe, hier, Waldemarstraße 4 | 23 " |
| Gastwirt Julius Kaiser, hier, Kaiser-Wilhelms-Platz | 23 " |
| Friseurmeister Carl Elbracht, hier, Mühlen-straße 3 | 22 " |
| Bigarrenfabrikant Gottlieb Ellermann, hier, Alfenstraße 13 | 21 " |
| Gastwirt August Indiestel, hier, Bürgerweg 14 | 21 " |
| Tischlermeister Hermann Schandke, hier, Weststraße 7 | 21 " |

zusammen 207 Stimmen.

Liste II.

- | | |
|--|-----------------|
| 1. Fabrikant Carl Dornbusch, hier, Berg-straße 21 | mit 78 Stimmen, |
| 2. Fabrikant Erich Bertelsmann, hier, Bismarckstraße 23 | 78 " |
| 3. Kaufmann Hermann Röder, hier, Nieber-wall 14a | 78 " |
| 4. Fabrikant Wilhelm Mobergson, hier, Bismarckstraße 22 | 78 " |
| 5. Fabrikant Wilhelm Bitter, hier, Bis-marckstraße 15 | 78 " |
| 6. Fabrikdirektor Louis Gundlach, hier, Demolberstraße 26 | 78 " |
| 7. Fabrikdirektor Wilhelm Berg, hier, Al. Bahnhofstraße 2a | 78 " |
| 8. Fabrikant Fritz Vogt, hier, Söllenbeder-straße 16 | 78 " |
| 9. Möbelfabrikant Wilhelm Varlen, hier, Walldorf 2 | 78 " |

zusammen 702 Stimmen.

Die Verteilungszahl, welche in der Stimmengahl der einzelnen Listen — unter Nichtbeachtung der bei der Teilung übrig bleibenden Reste — 10mal enthalten ist, ist 90. Die Zahl ist in Liste I 2mal, in Liste II 7mal enthalten. Demnach sind gewählt die zu 1 und 2 Genannten der Liste I und die zu 1 bis 7 Genannten der Liste II.

Die Wahlperiode der Gewählten gilt bis zum 30. September 1915.

Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen können binnen einer Anlauffrist von einem Monat nach dieser Bekanntmachung bei uns oder beim Bezirksaußschuß zu Winden angebracht werden.

Bielefeld, den 27. September 1909.

Gewerbegericht.